

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

SW

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Zentrum in Nöten.

Entscheidende Fraktionsjgung erst heute abend. - Ein Manifest vorbereitet.

Heute vormittag ist im Reichstag ein Redaktionskomitee der Zentrumsfraktion zusammengetreten, um ein Manifest an die Wähler zu entwerfen, das zunächst der Zentrumsfraktion unterbreitet wird.

Irgend welche Schritte des Reichskanzlers Dr. Marx zur Erfüllung des neuen Auftrages des Reichspräsidenten sind noch nicht vorgezogen.

Die Zentrumsfraktion selbst wird erst nach der Plenarsitzung heute abend sich mit der nun geschaffenen Lage beschäftigen und zu dem von der Redaktionskommission vorgelegten Manifest Stellung nehmen.

Der Brief Hindenburgs an den Reichskanzler Marx hat das Zentrum nicht im ersten Ansturm umgeworfen. Er hat lediglich dazu geführt, daß die Zentrumsfraktion noch einmal Verhandlungen aufnimmt, die sie schon einmal als zwecklos bezeichnet hat. Die Lösung der Krise ist abermals verschleppt worden.

Im Zentrum hat der Brief Hindenburgs Erregung und Empörung hervorgerufen. Die Stellungnahme der „Germania“ zu den Vorgängen des Donnerstag ist ein einziges großes Mißbehagen. Sie stellt fest, daß die Arbeit an einer Lösung der Regierungskrise im Gange war, und fährt dann fort:

„An diese, wie alle glaubten, im Gange befindliche Arbeit ist der Brief des Herrn Reichspräsidenten hineingefallen. Wir zweifeln nicht daran, daß Herrn von Hindenburgs Absichten, zur Lösung der Krise beizutragen, gut sind, glauben aber doch, daß er in dem Fall des Briefes schlecht beraten worden ist. An Wortlaut und Sinn der Reichsverfassung gemessen, stellt dieser Brief, gelinde gesagt, ein singuläres (einzig dastehendes) Dokument dar. Er hat in der Geschichte der parlamentarisch regierten Staaten schwerlich ein Vorbild, und er wird in der Disziplin des deutschen Verfassungsrechtes sicherlich auf lange hinaus für den studiosus juris eine harte Nuß sein. Wir übergehen den Ausdruck von den „bürgerlichen Parteien“, der beweist, daß auch in Staatsdokumenten ein lapsus calami (Schreibfehler) vorkommen kann. Sind der Herr oder die Herren, die dem Herrn Reichspräsidenten den Rat erteilt haben, diesen Brief abzulesen, mit dem Begriff der „bürgerlichen Parteien“ so verwachsen, daß sie das Merk würdige des Ausdrucks gar nicht empfinden? In die Terminologie des Zentrums, dessen Wählerschaft zu einem sehr starken Bruchteil sich aus christlichen Arbeitern zusammensetzt, paßt der Ausdruck „bürgerliche Parteien“ schlecht hinein.

Auch sachlich hat der Brief, der dem Herrn Reichspräsidenten angetragen worden ist, die Situation des Zentrums sehr wesentlich erschwert. Das Zentrum wird schließlich aufgefordert, eine Koalition mit der Partei zu bilden, deren erster Führer vor weniger als einer Woche sich in öffentlicher Rede, genau wie seit Jahren, für die Zurückführung des monarchistischen Regimes ausgesprochen hat.

Der Brief ist nicht lediglich ein Auftrag zur Kabinettsbildung, wie ihn die Reichsverfassung vorseht. Er ist ein ausgesprochen politischer Akt. Eine Partei, wie das Zentrum, die ihre eigenen, offen bekannten Aufgaben, sozial- und staatspolitischen Grundzüge hat, kann zu einem solchen Akt nicht durch ein einfaches Ja oder Nein Wort Stellung nehmen. Er zwingt die Zentrumsfraktion gegenüber der in dem Briefe enthaltenen politischen Stellungnahme, ihrerseits ein politisches Bekenntnis abzugeben.“

Die „Germania“ verweist weiter auf das Zentrumskommuniqué und erklärt seinen Sinn in folgenden Worten:

„Das obenstehende Kommuniqué ist nicht so aufzufassen, als ob die Fraktion bereit wäre, sich an einer Rechtskoalition zu beteiligen, sondern lediglich als Ausdruck der Bereitwilligkeit, nicht die Führung von Verhandlungen zur endgültigen Klärung der Lage abzulehnen. Aus dem Echo, das die hier angeführten Richtlinien des Zentrums finden werden, wird sich der weitere Verlauf der Dinge ergeben.“

Im Zentrum ist man von der Absicht des Reichspräsidenten, der kommenden Regierung die politischen Richtlinien vorzuschreiben, außerordentlich stark verstimmt, so stark, daß man darin einen Verstoß gegen die Verfassung erblickt. Im selben Sinne schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„Der Brief des Herrn Reichspräsidenten zwingt zu sehr ernster Betrachtung. Er erinnert fatal an jenes Schreiben, das Herr v. Hindenburg während des Kampfes um den Volkenscheid an Herrn v. Voebell richtete und mit dem er, schlecht beratenen Beratern folgend, die dem Reichspräsidenten von der Verfassung gezogenen Grenzen überschritt. Nach der Reichsverfassung ernannt der Reichspräsident den Kanzler. Der Kanzler schlägt ihm die Minister vor, und der Kanzler bestimmt die Richtlinien der Politik, für die der Kanzler dem Reichstag gegenüber die Verantwortung übernimmt. War es schon bedenklich, daß der Reichspräsident, entgegen der von Friedrich Ebert geschaffenen Tradition, den geschäftsführenden Kanzler Marx nur mit einer Sonderlung betraute, ihm also von vornherein die Autorität entzog, deren der designierte Kanzler zur Vorbereitung seines Kabinetts bedarf, so geht der Reichspräsident weit über die ihm von der Verfassung übertragenen

Befugnisse hinaus mit dem Brief, indem er ohne dem Reichstag verantwortlich zu sein, selber die Richtlinien der Politik bestimmt. In einer so einseitigen, so ansehbaren Weise, daß die Berater, die den Reichspräsidenten berät in die politische Feuerlinie stellen, ihm einen außerordentlich schlechten Dienst erweisen.“

Es wird verhandelt werden. Das Zentrum wird sein Programm aufstellen, dann werden die Deutschnationalen das Wort haben. Was werden sie sagen? Die „Kreuzzeitung“ ist nicht für programmatische Diskussionen:

„Wenn die Regierungsbildung auf der angestrebten Grundlage zu einem erfolgreichen Ziele führen soll, ist es nicht angängig, daß sie durch die Aufstellung von allerlei politischen Forderungen und Bedingungen erschwert und hinausgezögert werden.“

Die „Tägliche Rundschau“ rechnet dagegen zwar mit langwierigen Verhandlungen, aber mit weitgehendem Entgegenkommen der Deutschnationalen:

„Ob so oder so — die Verhandlungen mit den Deutschnationalen werden jedenfalls in Gang kommen. Damit wird der Anfang gemacht sein. Man darf sich aber keiner Täuschung darüber hingeben, daß es eben nur ein Anfang ist und daß die Hauptarbeit auch dann noch zu leisten bleibt.“

Es wird aber jetzt sehr viel davon abhängen, wie die Deutschnationalen sich zu den Beschlüssen des Zentrums stellen werden. In den Verhandlungen, die der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius angebahnt hat, sind die Deutschnationalen soweit entgegengestritten, daß eine gemeinschaftliche Verhandlungsgrundlage schon so gut wie geschaffen war. Wenn diese Haltung auch in den Verhandlungen mit dem Zentrum gewahrt wird, so wird man sich von dem Verzug einen Erfolg versprechen können.“

Es wird für die Öffentlichkeit allerdings interessant sein, das Echo zu hören, das die Zentrumsbedingungen bei den Reichsparteien finden werden — nicht nur bei den Deutschnationalen, sondern vor allem auch bei der Volkspartei.

Die Volkspartei will den Bürgerblock, um Klassenpolitik gegen die Arbeiter zu treiben. Werden die Richtlinien des Zentrums ihr von vornherein entgegenkommen, und wenn nein, wie wird dann das Echo der Volkspartei sein?

Bürgerblock ist Bürgerblock. Der Brief Hindenburgs hat die wahren Absichten mehr gezeigt, als seinen Inspiratoren vielleicht lieb war. Die Vertreibung der Arbeiterschaft wird die beginnende Programmdiskussion unter diesem Gesichtspunkt sehr scharf beobachten.

Und gerade Marx!

„Ist es nicht ein Widerspruch...?“

Der Gedanke, gerade Herrn Marx mit der Bildung eines Bürgerblocks zu betrauen, ist so abenteuerlich, daß selbst die Reichspresse ihre Kritik an diesem entscheidenden Punkt des neuen Hindenburg-Briefes nicht unterdrücken kann. Tiefes Mißtrauen gegen Marx spricht aus den folgenden Zeilen der „Deutschen Tageszeitung“:

Aber gerade wegen seiner ausgesprochenen Neigung für die Linke bedeutet die Kanzlerschaft des Herrn Dr. Marx für die Deutschnationalen ein Moment, das sie zur sorgfältigen Prüfung aller Uebereinkünfte zwischen den Parteien zwingt. Soll wirklich ein ehrliches Zusammenarbeiten der bürgerlichen Kreise stattfinden, ein Zusammenarbeiten, das schließlich auf längere Sicht abgestellt sein muß, dann müssen auch für die Rechte Sicherheiten geboten sein, daß nicht persönliche Neigungen und Stimmungen eine solche Zusammenarbeit gefährden. Auf welchem Wege sich dies erreichen läßt, bleibt zunächst dahingestellt, da die Verhandlungen ja erst beginnen müssen.

In der „Deutschen Zeitung“ heißt es noch deutlicher:

Ist es nicht ein Widerspruch in sich und an sich: Marx, der Einheits-Gegenkandidat der Linken gegen Hindenburg in der Reichspräsidentenwahl, das Ehrenmitglied des schwarzrotgelben Reichsbanners, der Kanzler von Gnaden der Sozialisten, dann der „Mann der Mitte“ — dieser gleiche Marx nun plötzlich: Leiter einer „Rechtsregierung“?!

Auch wir dürfen von der anderen Seite her sagen, daß 13 1/2 Millionen Männer und Frauen, die Herrn Marx am 26. April 1925 ihre Stimmen gegeben haben, mit Spannung die Entscheidung erwarten, die für ihre künftige politische Haltung so unendlich viel bedeutet.

Aus dem Landtag.

Wiemer zum Vizepräsidenten gewählt.

Zu Beginn der heutigen Landtagsjgung wurde für den verstorbenen Vizepräsidenten Garnick, der der Volkspartei angehörte, die Vizepräsidentenwahl vorgenommen. Abg. Dr. von Campe (D. Sp.) schlug den Abg. Dr. Wiemer (D. Sp.) vor; gegen den Widerspruch der Kommunisten wurde durch Stimmwahl Dr. Wiemer zum Vizepräsidenten gewählt.

Hierauf tritt das Haus in die Beratung des Wahlgesetzes ein.

Der Generalstreik.

Ein erster Rückblick.

E. W. London, 20. Januar 1927.

Der am 20. Januar in London zusammengetretene außerordentliche Gewerkschaftskongress hat seine Schatten seit langem vorausgeworfen. Ursprünglich für den 25. Juni des vergangenen Jahres geplant, wurde er um ein halbes Jahr hinausgeschoben, da die Fortdauer des Kampfes im Kohlenbergbau eine offene kritische Aussprache unmöglich erscheinen ließ. Man war sich klar, daß, solange der Kampf im Kohlenbergbau fortging und alles vermieden werden mußte, was der Sache der Bergarbeiter auch nur im geringsten schädlich sein konnte, eine solche Gegenüberstellung zwischen Generalrat und Bergarbeiterführern mit ihrer unvermeidlichen Bitterkeit und ihren gegenseitigen Anklagen untunlich war. So entschloß man sich zu warten, bis der große Kampf im Kohlenbergbau beendet war. Freilich, die Länge der Dauer des Kampfes im Bergbau und die Spannung, die seit dem Ausbruch des Generalstreiks zwischen den Führern der britischen Gewerkschaftsbewegung als Gesamtbewegung und den Führern der Bergarbeiter existierte, machte einen völligen Verzicht auf eine Auseinandersetzung unmöglich; die Führer der Bergarbeiter standen dem Ausbruch des Generalstreiks noch beinahe ein halbes Jahr im Lichtkegel der Kritik, sie hatten sich auf Schritt und Tritt zu wehren und zu rechtfertigen, und es war unvermeidlich, daß ihre Meinungsäußerungen von ihrer besonderen Auffassung der Ereignisse gefärbt wurden. Nicht so selbstverständlich war allerdings, daß einzelne dieser Bergarbeiterführer, Cook an der Spitze, sich diese Schweigepflicht der anderen Arbeiterführer zunutze machten und in Wort und Schrift Auffassungen verbreiteten, die praktisch auf einen Frontalangriff gegen die übrigen Gewerkschaftsführer hinausliefen.

Die Mitglieder des Generalrats waren dadurch in der denkbar schwierigsten Lage. Sie konnten sich gegen Cooks und seiner engeren Freunde Anschuldigungen nicht wehren, ohne sich das Obium aufzuladen, den Bergarbeitern in ihrem Kampfe in den Rücken zu fallen; die meisten, wie z. B. der Eisenbahnerführer Thomas, zogen es daher vor, zu schweigen. Andere der von den Bergarbeiterführern Angegriffenen hatten allerdings auf ihren eigenen Verbandstagen einen schwereren Stand, sie mußten ihren eigenen Leuten gegenüber Rede und Antwort stehen. So kam es, daß sich monatelang eine auf der einen Seite skrupellos, auf der anderen Seite mit zweifelhafte Gefühlen geführte Diskussion abspielte, die nicht geeignet war, die großen grundsätzlichen Fragen zu klären.

Der Generalrat der Gewerkschaften hat bekanntlich seine Verteidigung in einem Bericht niedergelegt, welcher dem geplanten Junitkongress vorgelegt werden sollte. Er handelte im wesentlichen von der Rolle des Generalrats in den schicksalsschweren Monaten. Seither hat der Generalrat als Berater, Vermittler und Zwischenhändler zwischen Bergarbeitern und Regierung noch weiter eine bedeutende Rolle gespielt, und so entschloß sich das Hauptquartier der Gewerkschaften, diesen ursprünglichen Bericht durch einen zusätzlichen, die Ereignisse von Juni bis November behandelnden Bericht zu ergänzen. Aber auch dieser Bericht des Generalrats, der bis zum Kongress als Geheimbericht zu bezeichnen war, konnte dem unseligen Schicksal, unter dem diese ganze Auseinandersetzung stand, nicht entgehen. Nachdem schon der Sekretär der Lokomotivführer, Bromley, in Notwehr vor einigen Monaten einige Stellen der Öffentlichkeit preisgegeben hatte, hat der kommunistische „Sunday Worker“ aus durchsichtigen Gründen die entscheidenden Stellen noch vor dem Zusammentritt des Kongresses veröffentlicht. Dieses linksradikale Revolverblatt beging damit einen Vertrauensbruch, der die schmutzigsten kapitalistischen Zeitungsmethoden in den Schatten stellt.

In dem Bericht selbst fördert der Generalrat neues Material nicht zutage. Aber die Vollständigkeit der hier zusammengetragenen Tatsachen zusammen mit der Distanz, die man inzwischen zu den Ereignissen gewonnen hat, ermöglichen einen Ueberblick über die Gesamtheit der Ereignisse, wie er bisher noch nicht möglich war. Es würde zu weit gehen, aus dem hundertseitigen Hin und Her der Verhandlungen, Vermittlungsaktionen und Behauptungen hier nochmals den Gang der Ereignisse zu rekonstruieren. So muß die Behauptung für den Beweis stehen, daß keine der drei im engeren Sinne beteiligten Faktoren: Regierung, Unternehmer, Bergarbeiterführer und Generalrat der Gewerkschaften einzig und allein zu beschuldigen oder für sich allein freizusprechen sind. Ueber die Schuld der Unternehmer und die Fehler in der Führung der Bergarbeiter ist so viel gesprochen worden, daß man sich scheut — insbesondere was die Bergarbeiterführer anbelangt — noch weiteres Holz für ihren Scheiterhaufen herbeizutragen. Insbesondere dann, wenn im Rauch dieser Ekturion die Schuld der Regierung und die Mitverantwortlichkeit des Generalrats verschwinden sollte.

So sei festgestellt, daß ohne das völlige Versagen der Regierung in dem psychologisch entscheidenden Augenblick der Präsentierung des Sammelberichtes die ganze tragische Kette der Ereignisse nicht ins Rollen gekommen wäre. Man wird sich hierbei auf die Autorität des Eisenbahnerführers Thomas berufen dürfen, dem eine einseitige Neigung für Cook gewiß nicht vorgeworfen werden



kann. In einer erstaunlich offenherzigen Artikeleserie, die später eine der wichtigsten Dokumente zur Beurteilung der Ereignisse vom Mai 1926 bedeuten dürfte, stellte Thomas, der bei allen Verhandlungen des Generalrats entscheidend mitgewirkt hat, fest, daß er bei aller Verantwortlichkeit der beiden Parteien die Hauptlast der Schuld dafür, daß es überhaupt zum Kampfe gekommen ist, der Regierung zusprechen müsse. In der Tatsache, daß Baldwin die Annahme und Durchführung des Berichtes der „Königlichen Kommission“ von der vorherigen Annahme durch Unternehmer und Bergarbeiter abhängig machte, sieht Thomas den „großen anfänglichen Fehler“, der die Auslösung aller folgenden Ereignisse erst möglich gemacht hat.

Betrachtet man an der Hand des Berichtes auch die Tätigkeit des Generalrats, so wird man bei aller Bewunderung für die unaufhörlichen Bemühungen, den Frieden zu erhalten oder später einen anfänglichen Friedensschluß herbeizuführen, doch auch den anfänglichen tragischen Rechenfehler nicht übersehen dürfen. Es ist heute ganz klar, daß der Generalrat der Gewerkschaften, als er vom Kongress der Gewerkschaftsregulativ den „nationalen Streik“ für den 1. Mai beschließen ließ, keinen Augenblick lang an die Möglichkeit seines tatsächlichen Ausbruchs gedacht hat. Der „nationale Streik“ — das Wort Generalstreik wird im offiziellen Gewerkschaftsdokument ängstlich vermieden — war als ein taktisches, nicht als ein strategisches Mittel gedacht. Es sollte den Druck auf Regierung und Unternehmer, die Auslieferung zurückzuführen und die Verhandlungen aufzunehmen, so verstärken, daß der Kampf im Kohlenbergbau vermieden werden würde. Sozusagen aus pazifistischen Gründen hat der Generalrat das schwerste Geschäft aufgeschoben, und es ist ihm hierbei ergangen wie anderen Mächten, die den Frieden durch Kriegsrüstungen am besten zu sichern glauben. Aber nicht, daß er den „nationalen Streik“ beschließen ließ, ohne an ihn zu glauben, wird man ihm in erster Linie vorwerfen müssen, sondern daß er ihn nicht einmal so weit als einen möglichen Eventualfall betrachtete, um wenigstens den Aufmarsch der Millionenarmee der Streikenden und die technische Durchführung im einzelnen vorzubereiten. Wer während der schicksalsschweren Waitage nur ein wenig hinter die Kulissen schauen konnte, der weiß, daß es nur der Hingabe aller Aufgerufenen, der Initiative einzelner Unterführer, der Loyalität der lokalen Gruppen zu danken ist, wenn sich der Generalstreik nicht in ein unglückliches Chaos verwandelt hat. Es war gewiß nicht das Verdienst der obersten Leitung der Gewerkschaften. Damit ist über den Wert des Generalstreiks für den Abwehrkampf der Bergarbeiter nichts ausgesagt. Aber mit einer einfachen Kohlenperre, ja mit einer finanziellen Hilfe, die auch nur ein Zehntel der Kosten des Generalstreiks von den Gewerkschaftsklassen beansprucht hätte, wäre der Sache der Bergarbeiter besser gedient worden.

## Der Stürmer.

Erst Kommunist, dann Faschist.

Neuerdings erscheint in Berlin eine „Deutsche faschistische Korrespondenz, Archiv für Weltpolitik und europäischen Aufbau“. Herausgeber ist ein gewisser Dr. Hermann Stürmer. Ein Programmartikel mit löblichen Worten kündigt an, was diese Korrespondenz soll: Propaganda des deutschen und des europäischen Faschismus; der deutsche Faschismus wird nicht von unten her entstehen, sondern durch Nachdruck von oben, er wird seinen Duce haben, wie Mussolini, sondern ein vielköpfiges Direktorium an der Spitze einer Republik — die alten Ideen von 1923. Das Hauptziel aber: Deutschland muß Soldaten haben. „Der deutsche Faschismus kann sich Deutschland ohne Wehrhaftigkeit und volle stolze Rüstung nicht vorstellen. Der Faschismus legt nach seinem ganzen inneren Wesen auf diese Dinge, den höchsten Ausdruck nationaler Straffung und Souveränität, einen geradezu transzendenten Wert.“ Da haben wir den Militarismus

## Kriegsfilme.

Von Hermann Bück.

Vom Balken im eigenen Auge soll hier die Rede sein. Freilich, es ist schon mehr eine kleine Holzhandlung. Der Reichsverband der deutschen Lichtspieltheaterbesitzer hat neulich auf seiner Delegiertenversammlung in Berlin eine Entschließung gefaßt, in der er sich „mit größter Schärfe gegen die in England und Amerika immer noch hergestellten hebräischen Kriegsfilme“ wendet. Ganz besonders aufgebracht ist dieser Verein, daß das amerikanische Kriegsarchiv mit den gleichen Institutionen Deutschlands, Frankreichs und Englands in Verhandlungen eingetreten ist, um die während des Krieges bei den einzelnen Formationen aufgenommenen Filme auszutauschen und dann eine Wiedergabe des Weltkrieges zu „konstruieren“.

Der Reichsverband bezweifelt, daß das amerikanische Kriegsarchiv mit der Vorbereitung solcher Filme pazifistische Tendenzen verfolgen könne. Der zurzeit in London laufende Film *Monsieur und der in Vorbereitung befindliche Die Offensive an der Somme* sollen den „Hurratriotismus“ der Engländer auffrischen. Und mit nicht zu überbietender Entrüstungskomik schließt der Erguß mit dem töflichen Satz: „Es gibt eben immer noch Leute, die von den Kriegsgreueln nicht genug bekommen können.“

Dann sind die Herren wahrscheinlich wieder hochbefriedigt in ihre Kultur- und Kultstätten abgerückt, allwo ihnen die ganze Niedlichkeit und Harmlosigkeit aller Kriege so herzerfrischend und nicht im geringsten hebrisch entgegenkommend. Als da sind: Des Königs Befehl, In Treue stark, Herbstmanöver. Die elf Schiffschen Offiziere, Mutterherz u. a. m., Filme, die unter dem Nebelschleier verlogener Kriegsromantik und falscher Sentimentalität ebenso geschmacklos wie gefährlich sind, während die Wirklichkeitsnähe der betreffenden englischen und amerikanischen Aufnahmen wahr ist, wodurch sie sicher eher im tieferen Sinne friedensfördernd wirken können. Freilich, in einer Beziehung trifft der Reichsverband mit seiner Entschließung ins Schwarze: der Hurratriotismus des deutschen Spießbüchse braucht nicht aufgefressen zu werden. Bei lewte noch. Und wenn nun der Vorstand des Reichsverbandes als von der Konferenz Beauftragter „zweckdienliche Schritte beim Auswärtigen Amt und bei der deutschen Botschaft in London“ unternimmt, wird der egal begeisterte Kinobesucher wieder einmal auf den Splitter in des Bruders Auge wie hypnotisiert starrend, der Holzhandlung im eigenen Gewisse.

## Die astronomische Kunst der Urania.

Der Berliner Uhrmacher Oswald Schulz hat in einundzwanzigjähriger Arbeit eine astronomische Kunstuhr erbaut, die er den Besuchern der Urania persönlich vorführt. Das Urbild dieser Art Uhren ist die Jahrhundert alte Kunstuhr im Münster zu Straßburg, die in ihrer Art nicht übertroffen ist. Aber während bei diesem mächtigen Vorbilde hauptsächlich ein großes Zifferblatt mit vielen

als Religion. Damit aber Deutschland wieder militärisch werden kann, muß es paneuropäische Bestrebungen vertreten, damit Panuropa einen Krieg mit einem anderen Weltteil anfangen und Deutschland zu diesem Zweck ausrüsten kann.

Man könnte das Programm dieser Korrespondenz beiseite schieben mit der Bemerkung: Wieder ein Verräter mehr! Aus zwei Gesichtspunkten heraus muß man sich noch einen Augenblick dabei aufhalten — um der Person des Herausgebers willen und um der ideellen Verbindung zwischen Rechtsputschisten und Linksputschisten willen, die dabei zutage tritt.

Der Herausgeber Dr. Hermann Stürmer, gelegentlich auch Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“, verspricht mit dieser Korrespondenz „ein großes, bis zum Weltkrieg zurückgreifendes eigenes politisches Archiv“ zu erschließen. Dr. Hermann Stürmer war noch vor fünf Jahren geschätztes Mitglied der deutschen Kommunistischen Partei. Nicht nur das, er war Archivar der kommunistischen Zentrale für die Verteilung Weltpolitik. Er war ferner geschätzter außenpolitischer Mitarbeiter der sowjetrussischen Vertretung in Berlin. Von da zum Herausgeber einer deutschen faschistischen Korrespondenz ist ein sehr interessanter Schritt, ganz abgesehen von der Plakaterie, daß dies erwähnte Archiv kommunistischer Unterstützung seine Existenz verdankt.

Aber ist dieser Schritt so groß. Wir müssen es verneinen. Denn gerade die von Stürmer ausgesprochene Grundtendenz, „dem demokratischen Stimmzettel in der Hand der stumpfen Masse den Gedanken der Herrschaft einer geistig aristokratischen und feindschaftlichen politischen Minderheit entgegenzusetzen“, ist den Faschisten mit den Kommunisten gemeinsam.

Schließlich: Wo stammt das Geld her? Von Mussolini und seinen famosen „Konfulaten“?

## Die weltliche Schule marschiert!

Starke Fortschritte in Braunschweig.

Aus Braunschweig wird uns über die Entwicklung der weltlichen Schulen berichtet:

Eine glänzende Entwicklung nehmen in der Stadt Braunschweig die weltlichen Samschulen, die Ostern 1926 errichtet worden sind, nachdem damals der braunschweigische Minister Marquardt mit einem Federstrich sämtliche Braunschweiger Schulen zu Konfessionsschulen machte. Auf den ersten Anlauf war es möglich, drei vollklassige überfüllte Samschulen zu errichten. Die Kirchenreaktion hatte damit nicht gerechnet und war deshalb vor Jahresfrist nicht sehr aktiv gewesen. Als aber jetzt die Neuanmeldungen bis zum 15. Januar ausgeschrieben waren, entsetzten Geistlichkeit und „Evangelischer Elternbund“ eine riesige Agitation gegen die weltlichen Schulen. Genügt haben ihnen die Bemühungen nicht; denn die Zahl der Neuanmeldungen zu den weltlichen Schulen beträgt 780. Da voraussichtlich etwa 350 Kinder Ostern entlassen werden, bleibt noch ein Zuwachs von 430 Kindern, so daß rund 2700 Kinder ab Ostern die weltliche Schule besuchen. Zwölf neue Klassen müssen errichtet werden. Das ist ein glänzender Erfolg. Nach einjährigem Bestehen umfassen die neuen Schulen bereits ein Drittel aller evangelischen Kinder.

Auch in der Kreisstadt Schöningen macht die weltliche Schulbewegung erfreuliche Fortschritte. Dort werden Ostern voraussichtlich zwei weitere Klassen notwendig werden. In Wolfenbüttel sind die Vorbereitungen für die Gründung einer weltlichen Schule ebenfalls im Gange und versprechen gleichen Erfolg. So erweist sich die schwarzweiße Regierung als jene Kraft, die Böses will und Gutes schafft.

Auch in Berlin ist gegenwärtig eine neue und umfassende Bewegung für die weltliche Schule im Gange. Kraft in allen Verwaltungsbezirken finden zahlreiche überfüllte Versammlungen statt, die für den Gedanken der neuen Schule werben. Die Zeit vor Ostern bietet für alle Eltern die beste Gelegenheit, sich für die Schule der Zukunft zu entscheiden.

Zeigern und Stafen eine Fülle astronomischer und kalendermäßiger Angaben vereint, die den Betrachter verwirrt, hatte sich Schulz die Aufgabe gestellt, eine übersichtliche Lösung zu finden. Aus einer improvisierten gotischen Fassade von etwa 2½ Meter Höhe, die oben mit einer beweglichen Apostelkuppel aus der Hand des Oberammergauers Johanns Lang abschließt, treten zehn Zifferblätter hervor. Sie zeigen die mittlere, die wahre und die Sternzeit, die Mondphasen, Sonnen- und Untergänge, selbst die Finsternisse. Der Kalender bedient sich bis zum Jahre 3400 selbsttätig, und auch für die Angaben der beweglichen Feste ist gesorgt. Horizontal vorgebaut ist ein Planetarium. An den Wänden hängen die Konstruktionszeichnungen des Erbauers, die an sich schon ein gewaltiges Stück Arbeit in sich schließen.

Die Erklärungen, die der Erbauer gibt, können bei der außerordentlichen Kompliziertheit, die unserm Weltgeriehe nun einmal eigen ist und die sich auf seine Abbilder übertragen muß, nagedrungenem nur die Oberfläche streifen. Nur vor einem Parterre von Astronomen, Urmachern und ähnlichen mehr erdabgewandten Leuten hätte er sich in Einzelheiten vertiefen dürfen. Nach Schluß des Vortrages darf man einen Blick hinter die Kulissen werfen und dem Werke ins fannermirrende Rädergetriebe sehen. In seiner Mitte schwingt gleichmäßig das schwere Pendel hin und her, das mit langsam gebietendem Schlag den Meister vertritt. Die Ursache, die diesen zur Schaffung seines Lebenswertes veranlaßt hat, greift weit zurück in seine Jugend, denn schon als jungen Menschen lieferte ihn der gestirnte Himmel. Wir armen Großstädter aber sehen nicht mehr viel von ihm. Es ist gut, daß wir Planetarien und Schöpfungen wie die des Meisters Schulz haben, die uns durch unseren verbauten, verräuchernden und verregneten Himmel gelegentlich auch einmal zu den Sternen führen.

Der Bau des Atominneren. Auf dem dritten Vortragsabend der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften sprach Präulein Professor Dr. Elise Reikner vom Institut für Chemie über den Bau des Atominneren. Die Entwicklung der Chemie und Physik hat zwingend zu der Erkenntnis geführt, daß die Atome der chemischen Elemente komplizierte Systeme aus elementaren Bausteinen darstellen, die durch elektrische Kräfte zusammengehalten werden. Nach der modernen Atomtheorie besteht jedes Atom aus einem in sehr kleinem Raum konzentrierten Atomkern, der die gesamte Masse des Atoms trägt und eine positive elektrische Ladung besitzt, die ebenso groß ist wie die Plazahl des betreffenden chemischen Elements im periodischen System. Um den Kern kreifen eine seiner positiven Ladung gleich große Zahl von negativen Elektronen. Die Atomkerne selbst bauen sich wieder aus Wasserstoffkernen und Elektronen auf. An der Hand der radioaktiven Prozesse wird gezeigt, wie weitgehend die Entdeckung und Erörterung der radioaktiven Substanzen die Einsicht in den Bau der Atome gefördert haben. Insbesondere haben sie auch die Möglichkeit gegeben, einzelne Atomkerne und ihre Wechselwirkungen sichtbar zu machen, wodurch das zur Aufstellung des modernen Atommodells nötige experimentelle Material gewonnen werden und die künstliche Zertrümmerbarkeit verschiedener Elemente nachgewiesen werden konnte.

Der Rundfunk als Vorspann fürs Theater. Es ist eine unter Theaterdirektoren und Konzertunternehmern weit verbreitete und

## Barmatprozeß.

Staatsbankrott und Kreditgewährung.

Bei der heutigen Verhandlung des Barmat-Prozesses wurde zunächst Geheimrat Rißler, der frühere Generaldirektor der Preussischen Staatsbank als Zeuge gehört. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Neumann, legte dem Zeugen die Frage vor, nach welchen Gesichtspunkten die Verträge über die Kredite in den Aufsichtsratsitzungen gehalten worden seien. Der Zeuge antwortete darauf, daß es eigentlich „Sache des Gefühls“ gewesen sei, welche Kredite die Dezernten nicht vorzutragen. Er gab zu, daß die Sitzungen häufig überlässt gewesen seien, und daß er gefogt habe, man solle nicht das ganz „keine Zeug“ vortragen, womit er aber unwichtige Personalfragen und sonstige kleine Angelegenheiten gemeint habe. Vors.: Meinen Sie, Herr Geheimrat, daß darunter auch Kredite gehörten, die zwar gefogt erschienen, aber in die Millionen Goldmark gingen? — Zeuge: Ja, ich kann nur sagen, daß das im wesentlichen Sache des Gefühls war. — Dr. Hellwig führte einen besonderen Fall an, wo der Zeuge selbst gebeten habe, die Verträge abzufügen. Hierauf konnte sich Geheimrat Rißler nicht mehr entsinnen, räumte aber die Möglichkeit ein.

Hierauf wurde der jetzige Vizepresident, Staatsfinanzrat Breitenfeld, über die Entwicklung der Barmat-Kredite gehört. Im Jahre 1923 sei von Dr. Hellwig in den Sitzungen der Generaldirektion des östlichen der Name Barmat bei Besprechungen auf Besprechungsprotokollen gesprochen worden. Vors.: Wann wurde es mit den Krediten kritisch, wann wurde ernsthaft über Barmat gesprochen? Zeuge: Das ist schwer zu sagen, denn noch im September 1924 hat man meines Wissens an eine Gefährdung der Kredite nicht gedacht und Barmat nicht als faul betrachtet. Man kam dann auf Veranlassung des Vorsitzenden auf die Sitzung vom 19. Mai zu sprechen, in der der Beschluß gefogt wurde, die Kredite zu verringern. Der Zeuge glaube, daß man sich darauf bezog, daß die drei Kreditnehmer, Barmat, Kautzky und Michael, damals zusammen 35 Millionen Kredit hatten, und daß es ferner darauf ankom, auch andere Kunden zu berücksichtigen. Dr. Hellwig erklärte wiederum, daß von der Generaldirektion noch nach dem 19. Mai eine Erhöhung der Kredite vorgenommen worden sei, was der Zeuge, ohne sich darauf befinden zu können, auch nicht für ausgeschlossen hielt. Vors.: Herrschte bei der Generaldirektion die Auffassung, daß Dr. Hellwig bei der Regelung der Kredite irgendwie schärfällig gehandelt hat? — Zeuge: Ich will es so sagen, man hätte kein Mißtrauen gegen Dr. Hellwig. Wäre das der Fall, so hätten wir sicher die Konsequenzen daraus gezogen und nötigenfalls dem Finanzminister Bericht erstattet. — Der Vorsitzende ging dann im weiteren Verlauf auf die empfehlenden Auskünfte der Staatsbank über Barmat im September 1924 ein. Eine dieser Auskünfte ist von Dr. Breitenfeld und Geheimrat Rügge unterschrieben. Staatsfinanzrat Breitenfeld bezeugte dazu, daß er die Auskunft nur vertretungsweise unterschrieben und sie für zutreffend gehalten habe.

Es folgte dann eine Vernehmung des Bankrates Schade, der einige Wechsel der Amegima beanstandet hatte, und auch sonst bezeugte, daß er bei Hellwig gegen Barmat gearbeitet habe. Hellwig habe aber Vertrauen zum Barmatunternehmer gehabt und seine Bevorzugung mit dem Bemerkten erklärt: Ein Großer ist mir lieber als viele Kleine. Zeuge hat gegen Hellwig gearbeitet und den Vorsteher des Präsidialbüros aus ihm aufmerksam zu machen versucht, ohne etwas Positives gegen ihn vorbringen zu können, so daß ihn der Vorsteher vor Berichtigungen warnen mußte. Auch vor Gericht kann er seine gegen Barmat und Hellwig gerichteten Ausfagen nicht durch Unterlagen erhärten.

## Die Siedlung in Preußen.

Ein Beschluß des Landtagsausschusses.

Der Landtagsausschuß für landwirtschaftliches Siedlungswesen hat mit allen gegen die kommunistischen Stimmen einen Beschluß gefaßt, in dem das Staatsministerium ersucht wird, bei der Verwendung der Reichsmittel darauf hinzuwirken, daß den anzufordern den Bauernsöhnen, landwirtschaftlichen Arbeitern und Angestellten, Pächtern und Heuerleuten sowie zur Rückfiedlung aus der Landwirtschaft stammenden Industriearbeitern und Angestellten vor allem auch Einrichtungs- und Betriebskredite zu tragbaren Bedingungen gewährt werden, um die Siedlungen wirtschaftlich zu ermöglichen. Die Regierung wird weiter ersucht, soweit Reichsmittel zur Gewährung von Einrichtungs- und Betriebskrediten nicht verfügbar sind, hierfür preussische Fonds bereitzustellen.

viel bekogte Meinung, daß das Radio der Feind ihrer künstlerischen Unternehmungen sei und das Publikum von ihrem Besuche abhalte. Um diese Ansicht zu widerlegen, hat die norwegische Rundfunkgesellschaft in Gemeinschaft mit der Philharmonischen Gesellschaft in Oslo einen interessanten Versuch unternommen, über dessen Erfolg in einer französischen Zeitung berichtet wird. Das Philharmonische Orchester gab regelmäßig im Rundfunk Konzerte. Eines Abends, als das Konzert A. Roll von Grieg übertragen worden war, knipste der Ansjager daran die Mitteilung, daß das gleiche Konzert am nächsten Sonntag von der Direktion der Philharmonischen Gesellschaft in einem populären Konzert aufgeführt werden würde. Jeder Radiohörer habe das Recht, unter Vorweis seiner Rundfunkquittung drei Billets zum ermäßigten Preise zu lösen. Der Erfolg dieses Versuchs war erstaunlich; der Saal war gedrängt voll, tausend Personen hätten sich eingefunden, unter denen sich die Hälfte als Radiohörer auswies. Dies Ergebnis des Versuches erweckte natürlich das Interesse der Theaterdirektoren, die sich nun gleichfalls davon überzeugen wollten, ob der Rundfunk sich dem Theater ebenso hilfreich erweist wie dem Konzertsaal. Boern Boernson, der Leiter des Nationaltheaters, machte nun den folgenden Versuch: An einem Sonntagmorgen wurde ein Stück aufgeführt, das, da es sehr abgelesen war, nur wenig Zuschauer anzog. Zu gleicher Zeit aber wurde der erste Akt durch den Rundfunk übertragen und den Hörern angekündigt, daß alle, die das ganze Stück zu sehen begierig wären, am Abend Billets zu ermäßigten Preisen lösen könnten. Auch hier war der Erfolg ganz überraschend; 1200 Personen waren im Theater erschienen, unter denen sich 970 Radiohörer befanden. Boernson hat jetzt den Wunsch nach engstem Zusammenarbeiten mit dem Radio ausgesprochen.

Wilhelm-Kienzl-Feiern in Wien. Der 70. Geburtstag des Komponisten des „Evangelium“ wurde in Wien durch eine Reihe von Veranstaltungen in überaus herrlicher und eindrucksvoller Weise gefeiert. Nachdem schon am Freitag in der „Urania“ ein Kienzl-Abend mit Aufführungen aus seinen Werken stattgefunden und am Sonntag Radio-Wien als Erstaufführung Stücke aus seiner Oper „Halsan, der Schwärmer“ vermittelt hatte, fanden am Montag vormittag im Konzerthaus und am Abend in der Staatsoper die eigentlichen Feiern zu Ehren des Meisters statt. Bürgermeister Seig betonte die echte Volkstümlichkeit Kienzls und verließ ihm das Bürgerrecht der Stadt Wien. In der Staatsoper fand eine Festaufführung des „Evangelium“ unter persönlicher Leitung des Komponisten statt.

Univeritätsunterricht durch Rundfunk. In der Schweiz wird seit dem ersten Male versucht, Univeritätsunterricht durch Rundfunk zu ermöglichen. Die Deutsche Medizinische Hochschule mittel, werden im Beginn Einrichtungen getroffen, damit die beteiligten Studenten im Senatium an den Vorlesungen der Univeritätsklinik Lausanne und Genf im Rundfunk teilnehmen können. Dieser Versuch trifft mit den Bestrebungen zusammen, in Davos eine internationale Hochgebirgsuniverität zu schaffen.

In der Freien Sozialistischen Hochschule (Stadt am Sonnabend, 7½ Uhr, Gagnoli Hermann Wendel, Frankfurt a. M., im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3, über das Thema „Der neue Ballan im neuen Europa“, Karten zu 50 Pf., sind in der Buchhandlung J. B. Metz Nachf., Lindenstr. 2, und am Eingang erhältlich.



## Oberschlesiens Siedlungsnot.

### Ein Landeskulturamt für Oberschlesien!

Genosse Kurt Kreischar, Raibor, schreibt uns:  
Jede Erörterung der Siedlungsverhältnisse in der Provinz Oberschlesien pflegt in der Regel damit gewürzt zu werden, daß bei dem Fortgang der Siedlung in dem bisherigen Tempo nicht weniger als 75 Jahre erforderlich sein würden, um die an sich schon recht bescheidenen Bestimmungen des Reichsiedlungsgesetzes in Oberschlesien zu verwirklichen. In zahllosen Vorträgen und Zeitungsartikeln wird immer wieder Großgrundbesitz und Kleinbesitz einander gegenübergestellt, es gibt wohl keinen Menschen im Lande, der von der absoluten Unhaltbarkeit der Dinge nicht längst überzeugt wäre. Aber — dabei bleibt es auch. Die Woge des sozialen Unwillens bricht sich an den Grenzen des Maginatenbesitzes. Das Volk hat sich wohl von seinen Landesfürsten befreit, aber die ungekrönten Herrscher sind scheinbar nicht zu entthronen.

Von Zeit zu Zeit erinnert eine Meldung, die von der Aufteilung irgendeines Dominiums berichtet, die Bevölkerung leide daran, daß es auch hier so etwas wie eine Siedlungsfrage gibt. Die organisatorischen Schwierigkeiten und die Hemmnisse jedoch, die dem Siedlungsweisen von ministerieller Stelle bis herunter zu den Grundbesitzern in den Weg gelegt werden, führten in der Praxis dazu, daß die Siedlung trotz der Reichsgeetze ein noch immer unstrittenes Problem geblieben ist, an dem nur unmittelbar interessierte Kreise herumdoziern, während die anderen mit mehr oder minder unsicherem Urteil beiseite stehen.

Die Provinz Oberschlesien ist heute noch ohne eigenes Landeskulturamt. Maßgebend für Oberschlesien ist immer noch das Landeskulturamt Breslau, dessen Tätigkeit in Oberschlesien sich nur auf die Bereitstellung von 85 Hektar Land für die Durchführung von Anliegersiedlungen erstreckt. Außer der Landesgesellschaft Breslau, die in Oberschlesien für 80 Siedler 364 Hektar Land bereitgestellt hat, schuf die Oberschlesische Landesgesellschaft bis 1. Juli 1926 250 Neusiedlerstellen mit 2461 Hektar bestedelter Fläche.

Die Geringfügigkeit dieser Zahlen, die die ganze Tragödie des ober-schlesischen Siedlungsweins enthüllen, wird deutlich, wenn man erfährt, daß 7 Großgrundbesitzer nicht weniger als ein Viertel des gesamten Landes in den Händen haben, während auf der anderen Seite fast 74000 Bauern keine selbständige Ackernahrung besitzen. Das Reichsiedlungsgezet, das die Möglichkeit bieten könnte, diese skandalösen Besitzverhältnisse wenigstens zum Teil umzugestalten, bleibt so gut wie wirkungslos, da durch das Fehlen eines eigenen Landeskulturamtes das für die Durchführung ausreichender Neusiedlung notwendige Organ ausfällt. Dabei ist es nicht nur aus sozialen und wirtschaftlichen, sondern auch aus staatspolitischen Gründen notwendig, Oberschlesien von dem Druck des vormärzlichen Feudalregimes und dem Elend der Landarmut seiner Bewohner zu befreien. In Ministerreden und anderen hochgestellten Kundgebungen ist das Wort von der „deutschen Grenzwehr im Osten“ eine ewig wiederkehrende Wendung. Dagegen ist Adolf Damast's Warnruf noch immer berechtigt, der in der „Bodenreform“ kürzlich darauf hinwies, daß wie in Niederschlesien so auch in der Provinz Oberschlesien die landwirtschaftlich genutzten Flächen sich verringert haben, weil nicht nur Forsten, Wiesen und Weiden, sondern selbst Moor- und Oedland in der Zunahme begriffen sind.

Der Ruf nach einem ober-schlesischen Landeskulturamt wird, abgesehen von dem Großgrundbesitz, der natürlich keine Ursache hat, mit den gegenwärtigen Verhältnissen unzufrieden zu sein, von allen siedlungsfreundlichen Elementen unterstützt. Daß der Großgrundbesitz auf ein für die Wirtschaft und Kultur des Landes erträgliches Maß zurückgebrannt werden und den Kleinbauern Platz machen muß, darüber sind sich alle einig. Die ober-schlesischen Landwirtschaftskammerwahlen brachten — sehr im Gegensatz zu der niederschlesischen Kammer, die heute noch eine großagrarisches Domäne ist — eine überwiegende Mehrheit der Kleinbauern. Die Tatsache, daß kein adliger Junker, sondern ein Bauer an der Spitze der Kammer steht, kennzeichnet deutlicher als alles andere den energischen Willen, mit den Sünden der altpreussischen Vergangenheit zu brechen und durch Heranbildung eines freien Bauernstandes das soziale Gesicht Oberschlesiens zu wandeln.

Die preussische Staatsregierung kann im Sinne dieser Entwicklung wirken, wenn sie den versprochenen Gesekentwurf zur Errichtung eines ober-schlesischen Landeskulturamtes baldigst vorbereitet und dem Landesparlament zugehen läßt.

## Garibaldi vor Gericht.

Die Verachtung der verratenen Katalanen. — Er muß seine Polizeispitzelien zugeben.

Paris, 21. Januar. (W.B.) Der Prozet gegen den Führer der katalanischen Bewegung, Oberst Macia, und 16 seiner Anhänger sowie gegen den italienischen Obersten Ricciotti Garibaldi wegen Beihilfe hat begonnen. In den ersten Tagen des November waren in Perpignan und Umgegend etwa 40 Katalanen und mehrere Italiener verhaftet worden, die selbstmännlich ausgerüstet nach Spanien vordringen wollten, um die Unabhängigkeit Kataloniens auszurufen. Die französische Sicherheitspolizei war von dem Plan in Kenntnis gesetzt worden und konnte die Betroffenen festnehmen. Ein Teil von ihnen wurde über die belgische Grenze abgeschoben und den übrigen der Prozet gemacht.

Zu Beginn der Verhandlung, für die drei bis vier Tage vorgesehen sind, stellte der Verteidiger des angeklagten Italieners Rizzoli den Antrag, den Fall Rizzoli von dem Fall Garibaldi zu trennen. Er begründete den Antrag damit, daß Rizzoli als sozialistisch-republikanischer Italiener und Anhänger der Garibaldi-Bewegung sich zu der Doktrin der Befreiung der Völker bekann und sich ihretwegen der Sache des Obersten Macia angeschlossen habe. Aus den Akten des Obersten Garibaldi aber ergebe sich, daß dieser den größten Treubruch, den die Geschichte kenne, begangen habe. Ricciotti Garibaldi habe seinen Namen und seine Geheimnisse verkauft, seine Partei und seine Freunde, ja selbst das Vertrauen gewisser Regierungen um recht erheblicher Summen willen verraten und selbst gesagt, daß er 400 000 Franc erhalten habe. Aus diesem Grunde müsse Garibaldi vor eine andere Gerichtsbarkeit gestellt werden als den Gerichtshof, der über den Fall der katalanischen Verschwörer zu befinden habe und wegen anderer Delikte als das des Komplotts gegen die Sicherheit des Landes verfolgt werde. Auch der Verteidiger des Obersten Macia erklärte, um der Ehre der katalanischen Sache willen sei es den vor Gericht stehenden Katalanern peinlich, daß Ricciotti Garibaldi gleichzeitig mit ihnen vor den Schranken stehe. Die Katalanen wollten nicht, daß man ihre soziale Bewegung mit den Geschäften Ricciotti Garibaldis verwechselte.

Nach einer kurzen Entgegnung des Verteidigers Ricciotti Garibaldis beschloß das Gericht die Zurückweisung der Vorbehalte. Es wird hierauf in die Vernehmung des Hauptangeklagten Obersten Macia eingetreten, der erklärt: Wir sind Bürger eines Volkes, das

# Stimmungsmache gegen die Räumung

## Eine neue Anfrage in Paris.

Paris, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der „Intransigant“ veranstaltet gegenwärtig eine Rundfrage bei verschiedenen politischen Persönlichkeiten darüber, ob Frankreich das Rheinland räumen soll oder nicht. Der Deputierte Pailiant, zweiter Delegierter Frankreichs beim Völkerverbund, Mitglied der radikal-sozialistischen Partei, vertritt in seiner Antwort die Ansicht, daß eine vorzeitige Räumung nur gegen neue starke deutsche Garantien in Frage kommen könne, und zwar Frankreich, Polen und den Staaten der Kleinen Entente gegenüber. Außerdem wäre eine endgültige Anerkennung der Unabhängigkeit Oesterreichs notwendig. Im übrigen habe Frankreich keinerlei Vorschläge zu formulieren. Da es das Rheinland besetzt halte, müßten ihm logischerweise Vorschläge von Deutschland gemacht werden.

Der radikal-sozialistische Deputierte Berthold meint zwar, daß die vorzeitige Räumung des Rheinlands einen beruhigenden Einfluß jenseits des Rheins ausüben würde, aber auch er vertritt den Standpunkt, daß Frankreich die Räumung nur gegen neue Garantien der Sicherung vornehmen kann. Er verlangt u. a. die Kontrolle des demilitarisierten Rheinlandes gemäß Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrages und zwar ohne jede zeitliche Beschränkung.

Ein anderer Deputierter der Linken, Lautier, Direktor des „Homme Libre“, steht in der Rheinlandsbesetzung ein Pfand, das man nur gegen ernste Kompensationen aus der Hand geben dürfe. Was Frankreich dafür verlangen wolle, müsse vom Parlament festgesetzt werden und deshalb sei sobald wie möglich eine Aussprache über die auswärtige Politik erforderlich.

## Briands unbestreitbarer Erfolg festgestellt.

Paris, 21. Januar. (E.P.) Die „Volonte“, die in der letzten Zeit am tatkräftigsten für die Räumung des Rheinlandes und eine effektive Verständigungspolitik eingetreten war, saß nach den Erklärungen Briands vor der Unterkommission der Kammer den gegenwärtigen Stand der Rheinlandsfrage wie folgt zusammen: 1. Briand hat Stresemann die vorzeitige Räumung des Rheinlandes also nicht versprochen. Er erwartet die neuen Vorschläge Stresemanns, die eine andere Sicherungsgarantie als die Befestigung bringen sollen. 2. Der Ministerrat setzt sich dieser Auffassung nicht entgegen, wenigstens solange nicht, als nicht durch bestimmte deutsche Vorschläge die Frage überhaupt akut geworden sein wird. 3. Es ist notwendig, in der

freigewesen ist und wieder frei werden will. Eine unabhängige katalanische Republik würde eine Macht am Mittelmeer sein. Wir wollten unser Ziel mit Gewalt verwirklichen, denn allein die Gewalt konnte unserer Sache zum Sieg verhelfen.

Ricciotti Garibaldi stellte entschieden in Abrede, die Katalanen verraten und dadurch seine Vergangenheit und die Tradition seines Namens besetzt zu haben. Er habe von der Aufdeckung des Komplottes erst Kenntnis erhalten, als er bereits von der französischen Polizei in Haft genommen worden sei. Garibaldi gibt zu, daß er mit Oberst Macia verhandelt habe, will aber erst mit Italienern und dann in letzter Linie mit Spaniern wegen des Komplottes in Verbindung getreten sein. Ein Beamter der Sicherheitspolizei, der die Voruntersuchung geleitet hat, erklärt, er könne über die Katalanen nur günstige Auskünfte geben. Ueber Garibaldi jedoch habe die Untersuchung ergeben, daß er ein Polizeispitzel der italienischen Regierung gewesen sei. Trotz des Widerspruchs von Seiten Garibaldis bleibt der Kommissar bei seiner Behauptung, die er dadurch bekräftigt, daß Garibaldi um polizeilichen Schutz seiner Person gebeten und während des polizeilichen Verhörs Geständnisse gemacht habe, die ihn zu seiner Behauptung berechtigt hätten. Garibaldi habe diese Erklärungen auch unterzeichnet. Garibaldi ruft dazwischen, alles das sei falsch, muß aber schließlich zugeben, daß er mehr als 600 000 Lire von dem Italiener Sala erhalten habe.

## Churchills Verrat am Liberalismus.

### Ein Lobgefang auf den Faschismus.

Rom, 21. Januar. (W.B.) Churchill erklärte der Presse: Ich bin gewiß kein Geheimnis zu verraten, wenn ich sage, daß meine Besprechungen mit Mussolini und dem Grafen Volpi größtenteils der wirtschaftlichen Lage der italienischen Lohnempfänger gegolten haben. Sie bessert sich unter dem faschistischen Regime. In England sind wir daran gewöhnt den Bestand der einfachen Familie und die Kaufkraft einer minderbemittelten Arbeiterfamilie als die Hauptfrage einer Regierung nach der nationalen Ehre und Sicherheit zu betrachten. Ich habe viel über Ihr Gesetz über die Gewerkschaften gehört, durch das, wie man mir sagte, zwanzig Millionen arbeitsamer Bürger mit dem Staat verbunden werden und durch das der Staat verpflichtet wird, gegenüber ihnen und ihren Angehörigen unmittelbare Verantwortlichkeit zu übernehmen. Diese Bewegung ist äußerst interessant, und ihre Ergebnisse werden in allen Ländern aufmerksam verfolgt werden. Sie erfordert gewiß einen denkbar guten Willen und die Zusammenarbeit des ganzen Volkes sowie eine klarbildende und weise Führung seitens des Staates. Jedenfalls ist es gegenüber einem solchen mit Begeisterung aufgenommenen System vollkommen sinnlos zu erklären, daß die italienische Regierung sich nicht auf vollständige Grundlagede stütze oder daß sie nicht von der tätigen Zustimmung der großen Massen getragen werde. (1)

Wenn ich Italiener gewesen wäre, so wäre ich sicher von Anfang bis zum Ende ganz auf Ihrer Seite gestanden in dem siegreichen Kampf gegen die tierischen Gelüste (1) und die Leidenschaft des Leninismus. Aber in England haben wir dieser Gefahr noch nicht in der gleichen Form entgegenzutreten brauchen. Wir haben unsere besonderen Methoden, aber ich zweifle nicht, daß es uns in unserem Kampf gegen den Kommunismus gelingen wird, ihn abzumürgen.

Indessen möchte ich einige Worte über die außenpolitische Seite des Faschismus sagen. Ihre Bewegung hat nach außen hin der ganzen Welt einen Dienst erwiesen. Man hat behauptet, daß ein ständiger Zug nach links eine Art zwangsläufigen Abgleitens nach dem Abgrund für alle Revolutionen charakteristisch sei. Italien hat bewiesen, daß die große Volksmasse, wenn sie gut geführt wird, die Ehre und den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu wahren weiß und verteidigen will. Es hat das notwendige Gegengift gegen die russische Insektion gegeben. Schon jetzt kann keine Nation behaupten, daß sie eines letzten Schutzmittels gegen die böserartigen Geschwüre entbehre, und jeder Sozialistenführer sollte sich sicherer fühlen in seinem Widerstand gegen mutwillige und nivellierende Doktrinen. Die große Masse des Volkes hat ihr Land lieb und ist stolz auf seine Fahne und auf seine Geschichte. Sie

Zwischenzeit die öffentliche Meinung noch stärker zu beeinflussen, als es bisher geschah. Immerhin hat die Locarnopolitik in den letzten Tagen einen unbestreitbaren Fortschritt genommen.

Auch das „Deuore“ saßt die Lage ähnlich auf.

Nach Schluß der Beratungen wiederholte Briand in den Wandelgängen der Kammer vor den Journalisten, daß die Frage der Rheinlandsräumung nicht gestellt worden sei und nicht ohne Sicherheiten und Reparationsgarantien gestellt werden könne. Ohne Zweifel hätten er und Stresemann die verschiedenen Probleme zwischen Frankreich und Deutschland in Theorie geprüft. Es sei das Recht Stresemanns gewesen, das Problem der Rheinlandsräumung aufzuwerfen, wie es das Recht des französischen Außenministers gewesen sei, Stresemann an die Bedingungen des Versailler Vertrages zu erinnern und zu erklären, daß eine derartige Anregung nicht ohne Gegenleistungen bezüglich der Sicherheit und der Reparationen gestellt werden könne. Stresemann habe erklärt, daß er diese Probleme prüfen würde, aber er habe noch keinen bestimmten Vorschlag gemacht. Eine Kampagne, so erklärte Briand zum Schluß, werde indessen in Frankreich geführt, um ihn, Briand, den Minister, zu beschuldigen, daß er die Türme von Notre-Dame oder sonst noch etwas verkauft habe. „Ich bin vielleicht ein wenig naïf,“ erklärte Briand, „aber nicht in diesem Grade.“

## Der französische Militarismus eines Eisäffers.

Paris, 20. Januar. (W.B.) Nach dem „Zeit Journal“ hat im Verlauf der Verhandlungen des Kammerausschusses der elsässische Abgeordnete Oberkirch den Standpunkt vertreten, daß die Besetzungstristen eigentlich noch nicht zu laufen begonnen hätten, und sich als Anhänger der verlängerten Aufrechterhaltung der französischen Besetzung des linken Rheinufers erklärt. (1) Wenn Frankreich aus dem Rheinlande abgezogen sei, habe Deutschland freie Hand gegenüber Polen. Briand habe erklärt: Europa besteht nicht nur aus Frankreich und Deutschland, eine Isolierungspolitik ist unmöglich. Das Schlimmste aber wäre, allenfalls eine Politik der Ausöhnung und eine des Zwanges zu treiben. Wenn die Befürchtung vor einem Angriff auf Polen gemühen sollte, Mißtrauen gegen Deutschland zu rechtfertigen, dann müßte man, wenn man logisch sein will, bis zum Jahre 2000 im Rheinland bleiben. Eine derartige Politik wäre aber geeignet, den Frieden in Gefahr zu bringen.

häft das nicht für unvereinbar mit dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Besserstellung.

Churchill war einst ein Führer des jungen radikalen Liberalismus gewesen. Zusammen mit Lloyd George kämpfte er um ein soziales Budget gegen die Oberhausvorrechte der besitzenden Klassen, für die liberale Erziehung der Massen, zu einer Zeit, als die englische Arbeiterbewegung kaum begonnen hatte, eine selbständige Politik neben den liberalen Bannerträgern des bürgerlichen Fortschrittes zu treiben. Dieser Churchill vertrat die liberalen und demokratischen Prinzipien, die er einst verkündete. Er ist der Finanzminister des konservativen, englischen Kabinetts, das die Staatsmacht gegen die Bergarbeiter, für die Bergarbeiter einsetzte. Er singt ein Loblied auf den Faschismus. Churchill ist tief gesunken.

Paris, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Erklärungen, die Churchill in Rom der italienischen Presse gegenüber abgegeben hat, haben in der hiesigen Linkspresse stark verstimmt. Der „Quotidien“ betont, daß Churchill bereits zahlreiche politische Wandlungen hinter sich habe, es sei aber zweifelhaft, daß seine Verherrlichung des Faschismus von der britischen öffentlichen Meinung günstig aufgenommen werde.

## Präsident Coolidge wird vor sich.

### Er spricht von einem Rückzug aus Nicaragua.

Washington, 21. Januar. (W.B.) Bei dem Empfang des neuen nicaraguanischen Gesandten Cooper, der sein Beglaubigungsschreiben überreichte, sagte Präsident Coolidge: Obwohl amerikanische Streitkräfte auf Eisuchen Ihrer Regierung in Nicaragua gelandet worden sind, um die rechtmäßigen Interessen der Vereinigten Staaten und das Leben und Eigentum der Amerikaner zu schützen, darf dieser Zustand nicht länger als notwendig andauern. Die Vereinigten Staaten verfolgen keine selbstsüchtigen Ziele, noch haben sie imperialistische Absichten (1) — Man werde den Beweis dafür sehen, wenn die Truppen zurückgezogen sein werden. — Am allerwenigsten haben wir den Wunsch, auf die innere Lage in Nicaragua einen Einfluß auszuüben, oder gar diesem ein Diktat aufzuerlegen. Die Vereinigten Staaten wünschen die Unabhängigkeit und das Wohlergehen jeder mittelamerikanischen Republik.

Nach Meldungen aus Mexiko City stellt die mexikanische Regierung in einer amtlichen Erklärung fest, daß für sie eine Debatte über die Verfassungsmäßigkeit der Land- und Oelgeetze vor dem Schiedsgericht nicht in Frage komme; dagegen könne man über gewisse Ausführungsbestimmungen sprechen. Die früheren amerikanischen Besizer könnten ihre Ansprüche bei der gemischten amerikanisch-mexikanischen Kommission anmelden, die ihr Urteil dann der mexikanischen Regierung unterbreiten könne.

Wie jetzt bekannt wird, dürfte die vorgefährte gemäßigtere Erklärung Kelloggs darauf zurückzuführen sein, daß die amerikanischen Oelinteressenten in Mexiko gegen die erste Erklärung Kelloggs bei der amerikanischen Regierung Protest erhoben haben.

Fluchtversuche aus Italien. Bei dem Versuch, mit einem Boot heimlich nach Frankreich zu flüchten, wurden etwa 12 antifaschistische Flüchtlinge in Ventimiglia verhaftet. Die italienische Polizei stellte fest, daß eine größere Anzahl von „Antifaschisten“ in französischen Eisenbahnuniformen, die von einem französischen Lokomotivführer geliefert worden waren, auf einem Tender die Grenze passierten.

Sechs Monate für einen falschen Fürsten. Vor dem Schöffengericht Halberstadt hatte sich der 24jährige Kinopianist Kurt Schwier wegen einer Harzreise zu verantworten, die er als Egon Fürst zu Bodenstein-Normanna unternommen hatte. Auf dieser Reise pumpte er alles an, was ihm in die Quere kam: Hotelbesitzer, Zimmermädchen, Schuster, Schneider, Touristen, ja sogar einen Schweinehirten. Aus Zurückzahlen dachte der „Fürst“ nicht mehr. In einem Hotel in Scharke hatte er einem Gast Band und Mäße der Studentenverbindung Normannia gestohlen, womit er sich schmückte. Für seine Taten bekam er jetzt sechs Monate Gefängnis.



## Die Russen gegen Amsterdam.

Der Kampf soll verschärft werden.

Der 7. russische Gewerkschaftskongress nahm u. a. eine Resolution an, die sich mit der internationalen Lage befaßt und über das Verhältnis der russischen Gewerkschaften zur Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) u. a. befragt:

„Der 7. Gewerkschaftskongress der Sowjetunion hält die Entwicklung und Festigung der RGI sowie die weitere Entwicklung ihrer Tätigkeit zur Gewinnung der breiten Arbeitermassen für notwendig und beauftragt das Präsidium des Zentralrates der russischen Gewerkschaften, durch seine Vertreter an der Tätigkeit der RGI systematisch und energisch teilzunehmen und gemeinsam mit allen Brudersektionen auf dem Wege des engeren Zusammenstehens des internationalen Proletariats vorwärts zu schreiten, um einen organisierten und planmäßigen Kampf gegen den Kapitalismus und gegen dessen Ausbeutungssystem zu führen.“

In 14 Punkten wird die Aufgabe der RGI formuliert und die Festigung der Verbindungen zwischen den russischen Gewerkschaften und der RGI und den abgespaltenen Organisationen der einzelnen Länder verlangt. So verlangt Punkt 7:

„Die Erweiterung und die organisatorische Festigung der selbstständigen revolutionären Verbände sowie der revolutionären Minderheitsbewegungen und die organisatorische Festigung des politischen Einflusses der RGI in jedem Lande.“

Punkt 9 sieht vor: „Die gegenseitige Annäherung zwischen den Anhängern der RGI und den Einheitsgruppen in jedem Lande, gemeinsame Aktionen auf Grund eines konkreten Programms, den gemeinsamen Kampf gegen die reformistische Theorie und Praxis und die Umstellung der gesamten Gewerkschaftsbewegung auf das Prinzip von Industrieverbänden.“

Punkt 14 verlangt die Herstellung einer engeren Verbindung zwischen den Gewerkschaften der Sowjetunion und denjenigen Gewerkschaften, die der RGI angehören.“

Aus den übrigen Punkten geht hervor, daß die russischen Gewerkschaften immer noch für die Gründung einer neuen an die Stelle des IGB tretenden Gewerkschaftsinternationale sind, von der bekanntlich die im IGB zusammengefaßten Gewerkschaften — die britischen Gewerkschaften inbegriffen — offiziell nichts wissen wollten. Im übrigen denken die Russen weniger als je an den Beitritt zum IGB. Aus diesem Grunde wäre wohl die Annahme der von den englischen Delegierten auf der Ausschlußsitzung des IGB vorgeschlagenen Resolutionen überflüssig gewesen. Denn diese sieht die Abaräumung einer Konferenz ohne Vorbereitungen zwischen Amsterdam und den Russen unter der ausdrücklichen Voraussetzung vor, daß sich eine solche Konferenz aus Vertretern des IGB und des russischen Gewerkschaftsrates zusammensetzen soll.

## Rationalisierung und Rationalisierung.

Wie die Kommunisten sich herauswindeln möchte.

Noch immer warten wir auf eine Erklärung der KPD. über den Widerspruch, der darin besteht, daß die russischen Gewerkschaften von ihrem Zentralrat Anweisung bekommen haben, die kapitalistischen Unternehmungen schonend zu behandeln, während gleichzeitig den Gewerkschaften in allen anderen Ländern von den Kommunisten zum Vorwurf gemacht wird, nicht rücksichtslos genug gegen das Privatkapital vorzugehen.

Es ist derselbe Widerspruch, der sich auch in der Forderung von Sowjetgranaten für die weiße und die schwarze Reichswehr dokumentiert, während man gleichzeitig von der KPD. Heißtügen ausstreut gegen die Sozialdemokratie, die angeblich die Reichswehr als Kriegsinstrument gegen Sowjetrußland bewaffnet.

Es ist dieselbe Verlogenheit, die ein großes Geschrei gegen den Vergleich mit den Hohenzollern anstimmte, während man gleichzeitig in deutlicher Weise in Sowjetrußland, wo sozialdemokratische Redakteure nicht zugelassen werden, eine Hohenzollernprinzessin empfängt, aber nicht etwa eine falsche, wie in Thüringen, sondern eine durchaus wackere.

Genau so liegt es mit der Rationalisierung. Die russischen Gewerkschaften verbieten ihren Mitgliedern, irgend etwas gegen die Rationalisierung der Betriebe zu unternehmen, und zwar nicht nur der Staatsbetriebe, sondern auch der kapitalistischen Privatbetriebe. Gleichzeitig aber wird in allen Ländern außerhalb Rußlands gegen die Rationalisierung Sturm gelaufen. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat nun in ihrer 7. Sitzung den Versuch gemacht, diesen Widerspruch zu erklären. Wie Eberlein in der Versammlung der „verantwortlichen Parteiarbeiter“, die am 11. Januar in den Sophienböden stattfand, in seinem Bericht über diese Tagung hervorhob, habe sich das Exekutivkomitee dahin ausgesprochen, daß der Kampf auf keinen Fall gegen die Rationalisierung überhaupt, sondern nur gegen die kapitalistische Rationalisierung und deren Auswirkungen zu führen sei.

Diese Erklärung ist etwas zu bequem. Rationalisierung ist nichts anderes als die fortgesetzte technische und organisatorische Verbesserung der Produktion. Soweit die Arbeiterchaft stark organisiert ist, wird diese Verbesserung schließlich auch zu ihren Gunsten ausschlagen. Ein Unterschied zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Rationalisierung besteht nicht. Sich der Rationalisierung entgegenstellen, heißt also sich dem technischen Fortschritt entgegenstellen. Das ist der Standpunkt der primitiven Maschinenstürmer, die nicht das Kapital, sondern die Maschine als ihren Feind betrachteten. Die gerissene Primitivität der Kommunisten ist aber gleichzeitig so dumm, daß ihre Verlogenheit auch dem vernehmlichsten Anhänger der KPD. auffallen muß.

## Kriegsberichte vom Schlachtfeld der Arbeit.

Das Reichsversicherungsamt als Zensurbehörde.

Das Reichsversicherungsamt hat über die Jahresberichte der Nahrungsmittelberufsgenossenschaften die Zensur verhängt, weil die Darstellungen verschiedener Gewerbeaufsichtsbeamten etwas gründlich unter die Lupe genommen und verschiedene Fälle scharf kritisiert worden waren, wo die Gewerbeaufsichtsbeamten die Schuld den Verletzten und nicht den Betriebsleitungen zugeschrieben hatten! Die Gewerkschaften aller Richtungen haben sich in einem Schreiben an das Reichsversicherungsamt energisch gegen diese Zensur aufgelehnt. Das Reichsversicherungsamt aber zeigt sich bodenlos. Bei der Besprechung des Etats des Reichsarbeitsministeriums wird deshalb der Reichstag gegenüber diesen merkwürdigen Zensurmethode ein deutliches Wort sprechen müssen.

Kritisierte Berichte sind schlimmer als gar keine. Das haben die Heeresberichte der Kriegszeit gezeigt. Sollten etwa die Kriegsschwindelmethode nun auch auf die Berichte über die Vorgänge auf dem Schlachtfeld der Arbeit übertragen werden?

## Konflikt in der Tapissereibranche.

Um Arbeitszeit und Löhne.

Die im Deutschen Textilarbeiterverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen des Berliner Tapiezergewerbes nahmen am Donnerstag abend in einer gut besuchten Versammlung im Graphischen Vereinshaus Stellung zu der Kündigung des Manteltarifes durch die Unternehmer.

Genosse Gruhl vom Ortsvorstand betonte, daß die Unternehmer schon im vorigen Jahre den Versuch gemacht hatten, die 48-Stunden-Woche zu beseitigen, den Urlaub und die Löhne abzubauen. Der Organisationsrat gelang es jedoch, diesen Angriff abzuwehren. Die Unternehmer holten jetzt den Zeitpunkt für gekommen, den Angriff mit größeren Ausschüßen auf Erfolg wiederum zu führen. Nachdem die Unternehmer am 31. Dezember die Kündigung des Manteltarifes zum 31. März ausgedrückt hatten, beantragten die Obsteute am 13. Januar die Tarifkommission, ebenfalls Vorschläge zum Manteltarif auszuarbeiten und der Vollversammlung vorzulegen. Sie empfahlen weiter, das Lohnabkommen zum 28. Februar zu kündigen und eine Erhöhung der Löhne um 20 Proz. zu fordern. Der der Vollversammlung vorgelegte Tarifentwurf, der neben einer Anzahl anderer Vorschläge die Einführung der 46stündigen Arbeitswoche an Stelle der 48stündigen forderte, wurde von der Vollversammlung nach einer kurzen Diskussion einstimmig angenommen.

Ebenfalls einstimmig angenommen wurde der Vorschlag der Obsteute, das Lohnabkommen zu kündigen und eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung zu fordern. Genosse Gruhl forderte die Versammelten auf, die Zeit bis zu den Verhandlungen zu nützen und regte für die Organisation zu werden, da es nur bei einem strengen Organisationsverhältnis gelingen wird, den Angriff der Unternehmer abzuwehren und die eigenen Forderungen durchzusetzen. Es dürfte jedem klar sein, daß die Unternehmer den Manteltarif nur deswegen gekündigt haben, um ihn gründlich zu verschlechtern.

## Kommunistische Obstruktion bei den Sattlern.

Keine Ortsverwaltung.

Die Sattler, Tapiezerei und Portefeuilier hatten gestern im Gewerkschaftshaus ihre ordentliche Jahresgeneralversammlung. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen und dem Bericht des Kassierers Heinrich über das 4. Quartal 1926 gab der erste Vorsitzende Müller den Geschäftsbericht für das Vorjahr.

Er schilderte erst die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung im Berichtsjahre, die sich für das Sattler-, Tapiezerei- und Portefeuiliergewerbe am deutlichsten an den Arbeitslosenzahlen widerspiegelt. Im Laufe des Jahres 1926 waren auf dem Arbeitsnachweis ständig 2300 bis 2500 arbeitslose Berufsangehörige eingetragen, welche Zahlen weit über denen des Jahres 1925 liegen. Die Arbeitslosigkeit nahm am Ende des Jahres infolge des Weihnachtsgeschäftes etwas ab, stieg aber Anfang dieses Jahres wieder rapide. Zurzeit sind auf dem Arbeitsnachweis 2751 Arbeitslose eingetragen! Am schwersten haben die Pelz- und Sportartikel- und die Treibriemenbranche unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Trotz der äußerst ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse gelang es doch, in allen Branchen, mit Ausnahme der Karosseriebranche, die Löhne zu halten. In der Karosseriebranche mußte nach einem zehnwöchigen Kampf ein Abzug von 5 Proz. hingenommen werden. Ebenso konnten die Tarife ohne Verschlechterungen neu abgeschlossen werden mit Ausnahme der Plan- und Jettebranche, wo durch die unverständliche Haltung der Schlichtungsinnsanz ein neuer Tarif nicht zustande kam.

Die Wirtschaftskrise ist auf die Mitgliederbewegung nicht ohne Einfluss geblieben. Am 1. Januar 1926 zählte die Ortsverwaltung 4811 Mitglieder, am 31. Dezember dagegen 4198, so daß sich der Mitgliederbestand um 613 verringert hat. Es wird das Bestreben der Ortsverwaltung in diesem Jahre sein, die nun schon 1 1/2 Jahr bestehenden Böhne in allen Branchen der inzwischen eingetretenen Leuerung anzupassen und darüber hinaus zu erhöhen, sowie auf allen anderen Gebieten für Verbesserungen einzutreten. Mit Erfolg werden die in diesem Jahre bevorstehenden schweren Kämpfe nur geführt werden können, wenn es gelingt, die Arbeiterchaft von der restlosen Zugehörigkeit zur Organisation zu überzeugen. In diesem Sinne bei den Unorganisierten zu wirken, muß die nächste Aufgabe aller Verbandsmitglieder sein.

Anschließend erläuterte der Kassierer den gedruckt vorliegenden Kassenbericht für das ganze Geschäftsjahr. Danach betragen die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse 161 067 M. Die Lokalkasse erhöhte ihren Bestand von 35 212 M. auf 44 520 M., was um so höher zu bewerten ist, als ganz erhebliche Summen an Unterstufungen gezahlt wurden. Zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter wurden 2172,55 M. durch Sammellisten aufgebracht.

Es war ein Schauspiel für Götter, mitanzuhören, wie dann der kommunistische Diskussionsredner durch eine wüste und wirre Schimpfanrede den Jahresbericht des ebenfalls kommunistischen Bevollmächtigten zu kritisieren versuchte. Nachdem noch ein Redner der Amsterdamer Richtung gesprochen und der Vorsitzende Müller auf das Schlußwort verzichtet hatte (was sollte er auch seinem Parteigenossen erwidern?), schritt man zur Neuwahl der Ortsverwaltung.

Die „Opposition“ stellte sofort den Antrag, die Ortsverwaltung durch Urwahl, die zugleich eine Verhältniswahl sein sollte, zu wählen. Genosse Blum trat diesem Antrag entgegen, indem er zwar nicht die Urwahl ablehnte, aber die Verhältniswahl, die in einer Gewerkschaft einfach undurchführbar ist. Die Antragsteller haben sich anscheinend selbst nicht überlegt, wie eine solche Wahl überhaupt durchgeführt werden soll. Wie sollte denn zum Beispiel durch eine solche Wahl entschieden werden können, wer die Stelle des ersten Vorsitzenden, des Kassierers, des Schriftführers usw. bekleiden soll. Diese Frage ist schon im vorigen Jahre in einer Anzahl anderer Organisationen aufgegriffen und wegen ihrer Undurchführbarkeit abgelehnt worden. Es ist nicht immer leicht, die Parolen aus Moskau in Übereinstimmung zu bringen mit dem, was praktisch angebracht und durchführbar ist.

Da ein neuer Antrag gestellt und auch angenommen worden war, über den Antrag der Opposition getrennt abzustimmen, also einmal, ob die Verwaltung durch Urwahl gewählt, zum andern, ob diese Urwahl eine Verhältniswahl sein soll, erhob sich bei den Kommunisten bei der Abstimmung lebhaftes Geschrei. Die erste Abstimmung ergab die Annahme des Antrages auf Urwahl. Noch zweimaliger Abstimmung über die Verhältniswahl war man sich immer noch nicht einig, was die Wahrheit gewesen sei, so daß durch Stimmzettel abgestimmt werden mußte. Die Auszählung der Stimmen ergab mit 333 gegen 282 bei 4 ungültigen Stimmen die Ablehnung der Verhältniswahl. Da es bereits kurz vor 12 Uhr war, wurde die Generalversammlung vertagt, da die Aufstellung der Kandidaten wegen der gleich nach der Abstimmung einsetzenden Flucht der Versammlungsteilnehmer nicht mehr vorgenommen werden konnte. Somit haben die Kommunisten mit dem blödsinnigen Antrag auf Verhältniswahl es fertig gebracht, daß überhaupt keine Ortsverwaltung gewählt wurde. Die Mitglieder werden auf tun, bei der nächsten Gelegenheit dafür zu sorgen, daß ihnen das Mitbestimmungsrecht nicht wieder verflümmert wird.

## Dreisgabe der Reichsbahnwerkstätten.

Am 1. April soll die Schließung des Eisenbahnausbesserungswerts Schwwege erfolgen. Der Bezirk Kassel, zu dem das Ausbesserungswert gehört, ist seit Beginn des Abbaus stark in Mitleidenschaft gezogen worden. In diesem Bezirk sind bis jetzt nahezu 48 Proz. der Lohnempfänger und 34 Proz. der Beamten entlassen worden, während sich der Abbau in anderen Bezirken nur zwischen 25 und 30 Proz. bewegt. In Schwwege wurden circa 200 Arbeiter, teilweise mit sehr langer Dienstzeit, von der Entlassung betroffen. Möglichkeiten, in der Privatindustrie unterzukommen, sind für diese Arbeiter kaum vorhanden, da in Schwwege und Umgegend die gesamte Industrie brachliegt. Unter diesen Umständen wäre es auch Sache des preussischen Staatsministeriums, bei der Reichsbahnhauptverwaltung vorstellig zu werden, damit die Schließung des Ausbesserungswerts Schwwege unterbleibt.

## Der Japanische Gewerkschaftsbund.

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund hat vor kurzem seine Jahrestagung in Osaka abgehalten in Anwesenheit von 300 Delegierten. In seiner Eröffnungsrede hat der Vorsitzende Sunji Suzuki darauf hingewiesen, daß im vergangenen Jahre die kommunistischen Strömungen sowohl in der Gewerkschaftsbewegung als auch in der Politik Schiffsbruch erlitten haben. In einer Reihe von Entschlüssen hat der Kongress beschlossen: 1. Eine Propaganda zum Zwecke der baldigen Annahme und Durchführung des Gesetzes über die Gewerkschaften zu veranstalten; 2. es den Einzelverbänden nicht zu überlassen, Arbeitsstreikigkeiten ohne Kontrolle beizulegen, sondern ihnen zu empfehlen, den Streitfall zuerst dem Bundesauschuss vorzulegen, damit die Beilegung methodisch und im Einklang mit den allgemeinen Grundgedanken der Gewerkschaftspolitik erfolgen kann. Dabei soll in jedem Einzelfall auf örtliche und gewerbliche Verhältnisse Rücksicht genommen werden; 3. der Regierung einen Antrag vorzulegen, der einerseits die Beteiligung der Bestimmung zur Novelle des Fabrikgesetzes, betreffend die Vertagung der Durchführung des Verbootes der Nachtarbeit für Frauen und Jugendlichen bis 1929 bezieht, und andererseits die Beilegung eines Artikels über die Heberwahrung der Lebensbedingungen der Arbeiter in den Fabriken fordert; 4. die Finanzen des Bundes auf eine solide Grundlage zu stellen; 5. das Inkrafttreten des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung innerhalb kürzester Frist zu verlangen; 6. die Zersplitterung der Kräfte in der Arbeiterbewegung zu bekämpfen und sich zu bemühen, dem Bunde alle Verbände zuzuführen, die auf dem Boden seiner Tätigkeit stehen; 7. den vom Hauptauschuss der Landwirtschafts- und Arbeiterpartei gefassten Beschlüssen über den Ausschluß gewisser Organisationen zu unterstützen; 8. den monatlichen Beitrag der Mitglieder von 30 auf 50 Sen zu erhöhen.

Sunji Suzuki ist wiederum zum Bundesvorsitzenden gewählt worden.

## Metallartefunktionsäre!

Freitag, 21. Januar, 6 1/2 Uhr, im Rasthof, Inhaber Walter Besser, Rasthofstr. 127, Funktionäre des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes und Transportarbeiterfunktionäre, welche in einem BSB. -Bezirk befaßt sind und einer dem Reich angehörenden Organisation als Mitglied angehören, Stellungnahme zu dem Lohnverhandlungsprotokoll und dem gefällten Schlichtungsbescheid des Schlichtungsausschusses und Beschlußfassung. Der mittigen Tagesordnung wegen, ersuchen wir um das Erscheinen aller Beteiligten. Verbandsausweis und Funktionärskarte legitimieren. Das Metallarteil.

Verantwortlich für Politik: Walter Besser; Schriftf. G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ehlhorn; Funktionäre: Dr. John Schlawoff; Lokales und Centriales: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Nordwest-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordwest-Verlag und Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Stock 1. Bldg.

# 15000 Mark

## PREISAUSSCHREIBEN DER

# SPINDLER AG

Bedingungen in Tageszeitungen, den Spindler-Filialen u. Annahmestellen



# Beländegegeschäfte des Reichswehrfiskus

Im Berliner Norden in der Eberswalder Straße an der Westgrenze des Bezirks Prenzlauer Berg liegt ein alter Exerzierplatz. Seit sechs Jahren ist das Gelände an die Stadt Berlin verpachtet. Es befindet sich hier das Ambulatorium für Knochen- und gelenkfranke Kinder, das von der Stadt Berlin und dem Preussischen Staat gemeinsam betrieben wird. Die Bezirksgesundheitsverwaltung Prenzlauer Berg und die Ärzte der Chirurgischen Universitätsklinik arbeiten gemeinsam zum Besten der 300 Knochen- und gelenkstrofulösen Kinder, die hier betreut werden.

## Das Heim der kranken Kinder.

Die Kinder stehen dauernd unter ärztlicher Aufsicht, die Oberleitung hat Geheimrat Bier, der ständige ärztliche Leiter ist Professor Dr. Risch. Die Kinder erhalten Freiluftbehandlung und Höhenjonnensbestrahlung, sie treiben Gymnastik, sie werden massiert. In das Ambulatorium ist eine Freiluftschule eingegliedert, die seit einiger Zeit von einem Direktor geleitet wird und über eine größere Anzahl von Lehrkräften verfügt. Die Ergebnisse der Betreuung der Kinder im Ambulatorium sind ausgezeichnet. Das in der Eberswalder Straße erprobte System hat sich vorzüglich bewährt. Man ist dabei, eine größere Anzahl ähnlicher Einrichtungen in Berlin zu schaffen, und auch in anderen Städten folgt man auf diesem Gebiete den Spuren des Geheimrats Bier und des Professors Risch. Um die Einrichtungen des Ambulatoriums noch weiter zu vervollkommen und zu ergänzen, wurde im vergangenen Jahre auf demselben Gelände ein Holzhaus errichtet, das neben einer größeren Anzahl von Räumen für Untersuchungs-, Bade-, Wasch- und Bureauzwecke zwei vorzügliche Röntgenapparate neuesten Systems aufweist und vor allem vier Säle, in denen 32, im Höchstbelegungsfall sogar 35 Betten aufstellung finden können. Hier sollen solche Knochen- und gelenktuberkulöse Kinder stationäre Aufnahme finden, die eine zeitweilige Verschlimmerung ihrer Krankheit darbieten, Kinder, die insbesondere infolge Erkrankungen der unteren Gliedmaßen für eine ambulante Behandlung nicht geeignet sind, und ferner solche arme Geschöpfe, deren tuberkulöse Erkrankung an sich eine stationäre Betreuung nicht unbedingt notwendig machen würde, deren häusliche Verhältnisse jedoch so traurig sind, daß eine Heimnahmemaßnahme als unbedingt notwendig angesehen werden muß. Bereits vor vier Wochen hat das Bezirkshochbauamt Prenzlauer Berg das Gebäude schlüsselfertig übergeben. Bisher konnte es aber noch nicht eröffnet, noch nicht seiner jetzigen Bestimmung übergeben werden. Warum?

Die Bewilligung von 10 000 Mark durch den Magistrat, die noch für die Beschaffung von Bettwäsche, Möbeln und verschiedenen Inventarien notwendig ist, dürfte keinen bedeutenden Schwierigkeiten begegnen, wenn nicht zwei andere Hindernisse der Inbetriebnahme des Hauses noch entgegenstünden. Die eine Schwierigkeit, die aber voraussichtlich in Bälde überwunden sein dürfte, liegt darin, daß bisher eine endgültige Verständigung zwischen dem Preussischen Staat und der Stadt Berlin über die Art der künftigen Zusammenarbeit beim Betrieb der Anstalt und insbesondere über die Frage, wer das erforderliche Personal einstellen soll, noch nicht erzielt worden ist.

Seit einiger Zeit gibt nun aber eine Dienststelle der Heeresverwaltung, und zwar die Bezirksverwaltungen III, zu größter Aufmerksamkeit Anlaß. Das Gelände gehört dem Reichswehrfiskus, Pächter ist die Stadt Berlin. Seit langer Zeit war es nun in Aussicht genommen, daß die Stadt Berlin den auch bisher von ihr benutzten Grund und Boden einmal käuflich erwerben würde. Der einzige ernsthaft als Käufer in Frage kommende Reflektant für den östlichen Teil des Platzes war und ist der jetzige Pächter, die Stadt Berlin.

## Aber die Heeresverwaltung . . .

Was tut nun der Reichswehrfiskus? Er verkürzt die Abdingungsfrist auf ein Vierteljahr und verlangt von der Stadt Berlin sage und schreibe einen Preis von 50 Mark für den Quadratmeter Grund und Boden. Die Stadt Berlin hat dem Verneken nach die Bewilligung eines Preises von 5 Mark in Aussicht gestellt. Es dürfte vielleicht auch in Frage kommen, einen Preis zu zahlen, der zwischen 5 und 10 Mark liegt. Die Höhe des horrenden Preises von 50 Mark wurde von der Heeresverwaltung damit begründet, daß „für andere Zwecke“ die Reichswehr bedeutende Summen brauche. Außerdem wurde, wie wir hören, erklärt, der Reichswehrfiskus verkaufe unter allen Umständen nur an einen einzigen Käufer. Wenn die Reichsbahn den westlichen Teil des Platzes erwerben wolle, so könnte ja später die Stadt Berlin diesen Teil des Geländes der Reichsbahn weiterverkaufen. Dem Reichswehrfiskus komme es darauf an, einen möglichst hohen Kaufpreis zu erzielen, es ist auch bezeichnend, daß der Reichswehrfiskus bei den Kaufverhandlungen nicht in direkte Beziehungen zur Stadt Berlin zu treten geneigt ist, sondern einen Vermittler beauftragt hat, der, wie wir vernehmen, auch bereits vorstellig geworden ist. Die Untertöne des Reichswehrfiskus können zwar eine gewisse Beunruhigung hervorrufen. Ernsthaft ist aber wohl kaum daran zu denken, daß das Gelände, auf dem das Holzhaus steht, in absehbarer Zeit einem anderen Zweck als demjenigen, dem es jetzt gilt, nämlich der Volksgesundheit, zu dienen. Die Geschäftspraktiken des Reichswehrfiskus, der um des Mammons willen ohne jedes Verständnis für die sozialen Forderungen der Großstadtbevölkerung solches Land veräußern will, verdient die allerhöchste Zurückweisung durch die Bevölkerung. Dieser Ansicht war man auch ganz allgemein, wohl in allen Parteien, nicht nur im Kreise der sozialdemokratischen Vertreter, in der Sitzung der Bezirksverwaltung des Bezirks Prenzlauer Berg, in der von verschiedenen Seiten diesbezügliche Anfragen gestellt wurden, auf die im Auftrage des Bezirksamts Stadtdirektor Dr. Korach in längeren Ausführungen antwortete.

Bureaucratische Schwierigkeiten vielfältigster Art und verständnislose Machenschaften erregter Behörden vermögen vielleicht eine Zeitlang die Errichtung einer so wichtigen Anstalt wie des in der Eberswalder Straße erbauten Instituts, das der Bekämpfung der Knochen- und Gelenktuberkulose dienen soll, Schwierigkeiten zu bereiten. Die Berliner Arbeiterschaft wird dafür zu sorgen wissen, daß diese Widerstände überwunden werden und das neuerbaute Haus seiner Zweckbestimmung in kurzer Frist übergeben wird.

letzt Bestimmung Gebrauch gemacht und die Möglichkeit geschaffen, daß Leute, die tagsüber keine Zeit haben, um zum Amtsgelände zu gehen, in den Abendstunden gegen eine mäßige Gebühr ihren Austritt beim Notar vollziehen können. Solche Gelegenheiten bietet sich bei Notar E. Blah, Friedenstr. 60 (Boden, Verband für Friedentertum und Feuerbestattung e. V.) jeden Dienstag und Freitag, abends von 7-8 Uhr; Notar Alfred Grün, Berlin N. 65, Brüsseler Straße 2, jeden Freitag von 6-7 Uhr; Notar Dr. Th. Tichauer, Charlottenburg, Kanfir. 137, jeden Mittwoch von 6-8 Uhr.

## Verzweiflungstat einer Hausangestellten.

### Ein Gegenstück zum Fall Fleiss.

Die Liebestragödie einer Hausangestellten entrollte heute vormittag eine Gerichtsverhandlung vor dem Landgericht III. Es war gleichzeitig aber auch die Tragödie der armen, alternden Hausangestellten, die von Haushalt zu Haushalt geht und niemals zur Ruhe kommt.

Wilhelmine H., wegen versuchten Totschlages angeklagt, war dem Kaufmann J. für ein Liebesverhältnis gut genug, nicht aber für die Ehe. Er unterschätzte aber das Gefühlleben seiner 22-jährigen Wirtschafterin, als er annahm, daß sie nicht auf andere Frauen eifersüchtig sein könne. Zwar gab sie sich den Anschein, als habe sie nichts dagegen, daß er auch mit anderen Frauen Liebeschaften unterhalte und sich — er war im Jahre 1920 Witwer geworden — mit Wiederheiratgedanken trage. In Wirklichkeit wurmte es sie beständig. Sie wurde aufgeregter, zerstreuter und schwermütiger. Im geheimen hoffte sie, daß J. sie doch heiraten würde. So kam es auch immer wieder zu bösen Ausbrüchen, die der Hausherr immer wieder abzuweichen verstand. Auch Selbstmordabsichten und ein Selbstmordversuch blieben nicht aus. In einem Abschiedsbrief, der von J. im Zimmer gefunden wurde, hieß es unter anderem, das Leben sei ihr nichts mehr wert, sie liebe ihn aufrichtig. Als die Angeklagte aber eines Tages den Brief einer gewissen Frau S., der an den J. gerichtet war, öffnete, wurde ihr gekündigt. Die H. geriet darüber in die größte Aufregung. Am 1. September — das war der Tag, an dem sie die Stellung verlassen sollte —, kam es zwischen ihr und dem J. zu einer heftigen Aussprache wegen einer Unterhaltung, die J. mit der bemühnten Frau S. gehabt und die H. erlauscht hatte. Im Anschluß an diese Aussprache habe sie, so sagt die Angeklagte, sich nun mit der Pistole des J. das Leben nehmen wollen; der Schuß sei aber nicht losgegangen. Als J. ihr dann die Pistole entwinden wollte, kamen sie beide ins Ringen, in dessen Verlauf J. einen Bauchschuß erhielt. Die H. sprang aus dem Fenster, verfuhrte zu flüchten, wurde aber gefaßt. Sie macht einen völlig verstörten Eindruck. Rechtsanwältin Dr. Sörmer schildert die H. als einen aufgeregten und hysterischen Menschen, der im Leben von Stellung zu Stellung herumgestoßen wurde und dessen Liebesleben alle Anzeichen eines alternden Mädchens zeigt.

Das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen versuchten Totschlages zu einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft. Der Haftbefehl bleibt wegen fluchtverdachts bestehen. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Zuchthaus beantragt.

## Unaufgeklärter Leichenfund.

Ein Leichenfund beschäftigt die Kriminalpolizei von Tempelhof. Dort wurde am 7. dieses Monats die Leiche eines zunächst unbekanntes Mannes, die schon länger im Wasser gelegen hatte, aus dem Teufelstank geholt. Der Tote ist jetzt festgestellt als ein 28 Jahre alter Arbeiter Wilhelm Sonfalla, der bei seiner Schwester in der Ringbahnstraße 28 wohnte und seit dem 21. November vorigen Jahres vermißt wurde. Sonfalla war schon seit geraumer Zeit bei der Firma Hoffmann u. Welsche in Tempelhof beschäftigt und als ein nüchterner und fleißiger Arbeiter bekannt. Am 21. November ging er von seiner Schwester weg, ohne etwas Besonderes zu hinterlassen, kam nicht wieder und ließ auch bei der Firma, wo er noch Lohn zu bekommen hatte, nichts mehr von sich hören. Der Mann hatte zu einem Selbstmord keinerlei Veranlassung. Die Angehörigen können sich deshalb nicht erklären, daß er freiwillig in den Tod gegangen sein sollte. Die Tempelhofer Kriminalpolizei bittet alle, die Sonfalla noch am 21. November oder später getroffen haben oder sonst über seinen Aufenthalt etwas wissen, besonders auch seine Arbeitskollegen, ihre Wahrnehmungen ihr mitzuteilen.

Feuer im Polizeiamt Schöneberg. Die Feuertwehr wurde heute vormittag gegen 12 Uhr nach der Gaihaer Straße 19 gerufen, wo im Dachstuhl des Polizeiamtes Schöneberg Feuer ausgebrochen war. Die Feuertwehr rückte sofort mit mehreren Löschzügen an, von denen jedoch nur zwei in Tätigkeit zu treten brauchten. Das Feuer war in einer im Dachstuhl befindlichen Aktensammer zum Ausbruch gekommen. Es fand an den leicht brennbaren Materialien reiche Nahrung und drohte große Ausdehnung anzunehmen. Der Löschangriff war durch starke Verqualmung sehr erschwert, doch gelang es durch kräftiges Wassergeben, den Brand zu totalisieren.

Ein gefährliches Fabrikfeuer, das großen Sachschaden verursachte, kam gestern nacht im Prüfraum der Lorenz-Telegraphenwerke in Tempelhof, Lorenzweg 4/5, zum Ausbruch. Die Feuertwehr, die mit mehreren Löschzügen herbeigeeilt war, löschte das Feuer nach zweistündiger Tätigkeit. Der Betrieb wird durch den Brand nicht gestört.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

## Die Schneestürme in Osteuropa.

Im östlichen Teil des europäischen Rußland haben mehrtägige Schneestürme dem Verkehrswesen großen Schaden zugefügt. Nicht nur die Schneemassen, die sich auf den Bahndämmen anhäuferten, sondern auch die Kraft des Sturmes sind im Vergleich zu den letzten Jahren ungewöhnlich. Es wird von Eisenbahnstationen berichtet, die völlig unter Schneemassen begraben lagen, von zahlreichen stehengebliebenen Passagierzügen usw. Der Sturm soll sogar Gebäude auseinandergerissen haben. Gleichzeitig ist strenge Kälte in den meisten Gebieten Rußlands ausgebrochen. In Seningrad erreichte der Frost 25 Grad Reaumur. Im Laufe von 24 Stunden sind dort 10 erixorene Personen festgestellt worden. Auch in Vitauen haben Schneestürme zu Verkehrsstörungen geführt.

## Ein ungetreuer Stadtinspektor.

### Unterschlagungen beim Bezirksamt Prenzlauer Berg.

Der beim Bezirksamt Prenzlauer Berg angestellte Stadtabinspektor Wachsmuth ist nach umfangreichen Unterschlagungen verhaftet worden. W. war bei der Wohlfahrtskommission des Amtes angestellt, nachdem er schon vor der Bildung der Einheitsgemeinde Berlin bei der Armenverwaltung Dienst getan hatte. Aus dieser Tätigkeit beherstete er den Geschäftsgang bei der Armenverwaltung vollkommen; er war mit allem vertraut und so fiel es ihm nicht schwer, auf Rechnungen und Quittungen die Unterschläge der Pflager und der betrauten Wohlfahrtsempfänger zu fälschen. Die Unterschlagungen verteilten sich auf mehrere Jahre. Er brachte es fertig, in den meisten Fällen die Quittungen wieder in seine Dienststelle zu bekommen, wo er sie dann in den meisten Fällen aus den Akten wieder herausnahm. Dadurch wurde eine Kontrolle ganz außerordentlich erschwert. Erst als er immer höhere Summen in die Formulare einsetzte, fiel es der Kalkulation auf, daß die Gegenzeichnung des zuständigen Dezernenten fehlte. So kamen die Unterschlagungen schließlich heraus. Wachsmuth wurde sofort der Polizei angezeigt, die ihn verhaftete. Das Bezirksamt hat Bankkonten und die einen erheblichen Wert darstellende Wohnungseinkünfte des Desobaudanten beschlagnahmt lassen, so daß die veruntreuten Summen zum allergrößten Teil hierdurch gedeckt sind.

## Der Versuchung erliegen?

Das Verschwinden des Bureauhilfen Günther wird voraussichtlich sehr bald aufgeklärt sein. Der Neunzehnjährige sollte, wie wir mitteilten, gestern für die Firma Broß u. Hertel in der Großbeerenstraße zu Mariensfelde 463 Mark in Lohnzettel nach einem Bräudenbau in Roabit bringen. Er erschien dort nicht und im Laufe des Tages fand man seine Aktenstücke mit einem Paket Stullen und zerrißenen und ihres Inhaltes beraubten Lohnzetteln im Flur des Hauses Belle-Alliance-Str. 14 liegen. Nun hat sich bei der Polizei ein Pensionsinhaber aus der Halleischen Straße gemeldet, bei dem der junge G. die Nacht zugebracht hat. Er hat sich dort umgekleidet und seine alten Sachen dort gelassen. Gestern Morgen noch sprach er zu seiner Mutter davon, daß er wieder Lohnzettel wegzubringen habe. Die Mutter sagte ihm darauf, daß er auch ja keine Dummeheiten machen solle. Er erwiderte, wie im Scherz, „die paar Pfennige lohnte doch erst gar nicht“. Nun ist der junge Mensch der Versuchung offenbar doch erlegen.

Abnahme der Grippeerkrankungen. Das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin teilt mit: Die Zahl der Grippeerkranken in den Krankenhäusern hat am 21. Januar nicht weiter zu- sondern abgenommen. Auch die Krankmeldungen in der Allgemeinen Ortskrankenkasse sind weiter zurückgegangen.

## Ueberfallene Reichsbannerleute.

### Völlische unter Anklage des Landfriedensbruchs.

Vor dem erweiterten Schöffengericht Lichtenberg hat gestern unter Vorsitz des Amtsrichtersdirektors Köhler ein Prozeß wegen Aufruhr, Zusammenrottung und Landfriedensbruch begonnen, der sich gegen 22 Mitglieder der Deutsch-völkischen Partei richtet. Die Anklage sieht den 46 Jahre alten Franz Vagner aus Lichtenberg und den 40 Jahre alten Hermann Seidler als die Rädelsführer an.

Am 21. Februar v. J. hatten die Angeklagten einen Ausflug nach Alt-Landsberg unternommen. Vorkelbst lehrten sie in ein Lokal ein, wo sie einen heftigen Abend veranstalteten. Im Anschluß daran suchten einige das Hotel Friedrichslust auf, in dem Reichsbannerleute ein Vergnügen feierten. Hier kam es zu Anrempelungen, die schließlich in schwere Tätlichkeiten übergingen. Mit Bierflaschen, Tisch- und Stuhlbeinen schlugen die Gegner aufeinander ein. Fenster Scheiben gingen in Trümmer. Nicht genug damit, wurde sogar von Schußwaffen Gebrauch gemacht. Eine Kugel traf den Reichsbannermann Rens, so daß er zusammenbrach und am nächsten Tage an den Folgen der erlittenen Verletzung starb. Die Angeklagten, die Verbandszeug und teilweise Waffen mit sich führten, behaupten, die Angegriffenen zu sein. Der Prozeß, für den zwei Tage anberaunt und zu dem 34 Zeugen geladen sind, wurde gestern in später Nachmittagsstunde abgebrochen und auf Sonnabend vormittag 9 Uhr vertagt.

## Kirchensteuern und Kirchenaustritt.

Der Verband für Friedentertum und Feuerbestattung e. V. bittet uns, folgendes mitzuteilen.

Fast täglich wendet sich das Publikum in zahlreichen Zuschriften an die Tagespresse und auch an die Friedentertungsorganisationen, um Auskunft darüber zu bekommen, wie lange die Verpflichtung zur Zahlung von Kirchensteuern nach dem vollzogenen Austritt aus der Landeskirche besteht. Unter Bezugnahme hierauf sei folgende Aufklärung gegeben: Wer aus der Kirche ausscheidet, hat die Steuern bis zur Beendigung des laufenden Steuerjahres, jedoch nicht weniger als drei Monate nach dem Austritt zu zahlen. Das Steuerjahr läuft vom 1. April bis zum 31. März. Hieraus ergibt sich, daß derjenige, der im Januar aus der Kirche ausscheidet, bis 30. April Steuern zahlen muß. Tritt aber jemand z. B. am 25. April 1927 aus der Kirche aus, so muß er nach den geltenden Bestimmungen wohl oder übel bis zum 31. März 1928, also ein ganzes Jahr lang Kirchensteuern zahlen. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß der Kirchenaustritt beim zuständigen Amtsgericht vollzogen wird und daß jeder, der ausscheiden will, dort persönlich erscheinen muß. Darüber hinaus aber besteht die Möglichkeit, den Kirchenaustritt auch durch einen Notar vollziehen zu lassen. Der Verband für Friedentertum und Feuerbestattung hat von

**Volks-Filmbühne**  
Neukölln, Bergstraße 147  
Spieltage: Freitag, Sonnabend und Sonntag.  
Beginn der Vorstellungen: an Wochentagen um 7 und 9 Uhr,  
an Sonn- und Festtagen um 5, 7 und 9 Uhr  
Einheitspreis M. 0.80

**Uraufführung:** Vom Freitag, den 21., bis Sonntag, den 23. Januar 1927  
und ferner vom Freitag, den 28., bis Sonntag, den 30. Januar 1927

**Dina-Dsad-su** (Die Rache der Entehrten)

Bilder aus dem Leben eines unterdrückten Volkes :: Dazu das große Beiprogramm

Verantwortliche Leitung: Arbeiter-Film-Genossenschaft.



**Das Frankfurter Waldstadion vollendet.**

Frankfurt a. M., 20. Januar. Die Anlagen des Frankfurter Waldstadions sind durch die Errichtung der Sporthalle großen Ausmaßes und eines weiteren Licht- und Luftbades nunmehr vollendet. Das Stadion ist zu einem Mittelpunkt für das gesamte südwestdeutsche und darüber hinaus für das deutsche und internationale Sportwesen geworden. Die Besucherzahl seit der Eröffnung im Jahre 1925 hat über 1,2 Millionen

betrogen; in den letzten Monaten ist das Stadion von zahlreichen Abordnungen, namentlich des Auslandes, besichtigt und als vorbildlich bezeichnet worden.

**Zum Bau einer neuen Kölner Rheinbrücke.**

Köln, 20. Januar. (Rrh.) Die Wahl des Preisgerichts, das über die Entwürfe für die neue Rheinbrücke zu entscheiden hat, ist auf einen Entwurf der Firma Friedrich Krupp A.-G., Abteilung

Friedrich-Alfred-Hütte, Rheinhausen, gefallen, der das Kennwort „Aus einem Guß“ trägt. Bei dem Projekt handelt es sich um eine Bogenbrücke, wobei der Hauptdruck durch den über 40 Meter hohen tühlen Bogen bestimmt wird. Als Material kommen 15 157 Tonnen Stahl und 48 470 Tonnen Stahlguß in Frage. Die Gesamtkosten des Oberbaues belaufen sich auf über 8 Millionen, die des Unterbaues auf 3 400 000 Mark, und die Gesamtkosten für den ganzen Bau auf etwa 13 Millionen Mark.

# Billige Wochenend-Angebote

<p><b>Velours-Barchent</b> 65 Pl. grosse Musterauswahl, Mtr.</p>	<p><b>Morgenjacken</b> 2<sup>75</sup> aus Flausch, mit farbiger Blende...</p>	<p><b>Gummischürzen</b> 75 Pl. für Damen, in vielen Mustern...</p>	<p><b>Damen-Strümpfe</b> 58 Pl. Baumwolle, schwarz und farbig.....Paar</p>
<p><b>Kleider-frotté</b> 88 Pl. ca. 100 cm breit, haltbare Qualität... Meter</p>	<p><b>Morgenröcke</b> 5<sup>90</sup> aus gutem Flausch, mit farbigem Schal, reich bestickt</p>	<p><b>Damen-Schürzen Jumper-Schürzen</b> 95 Pl. gröss. Form, a. Water od. Kretonne</p>	<p><b>Herren-Socken</b> 38 Pl. Baumwolle.....Paar</p>
<p><b>Woll-musseline</b> 95 Pl. diversa Muster..... Meter</p>	<p><b>Strumpfhaltergürtel</b> 95 Pl. aus farb. Jacquard, mit 4 Haltern</p>	<p><b>Mädchen-Mäntel</b> 5<sup>90</sup> so-lide Stoffe, Krimmer bes., Gr. 45-65, durchw.</p>	<p><b>Herren-Hemden</b> 1<sup>95</sup> makofarbig.....</p>
<p><b>Anzug-stoffe</b> 1<sup>75</sup> grau gemust., ca. 140 cm breit..... Meter</p>	<p><b>Hüftformer</b> 1<sup>45</sup> aus gutem Dreil., oben Gummi, mit 2 Haltern...</p>	<p><b>Mädchen-Kleider</b> 5<sup>90</sup> a. halbw. u. wollen. Stoff., m. lg. Aerm., Gr. 70-100, durchw.</p>	<p><b>Herren-Hosen</b> 1<sup>65</sup> makofarbig</p>
<p><b>Masken-samt</b> 1<sup>45</sup> in vielen Farben..... Meter</p>	<p><b>Damen-Mäntel</b> 8<sup>90</sup> aus soliden Velours de laine-Stoffen.....</p> <p><b>Damen-Mäntel</b> 29<sup>50</sup> aus prima Velours de laine- oder Ottomane-Stoffen, z.T. gefüttert</p> <p><b>Damen-Kleider</b> 9<sup>50</sup> aus guten Wollstoffen, in vielen Ausführungen.....</p> <p><b>Damen-Kleider</b> 18<sup>75</sup> aus guten Crêpe de Chine Stoffen, in modernen Farben.....</p> <p><b>Jumper</b> 1<sup>90</sup> aus soliden Barchentstoffen, Hemd- oder Jumperform.....</p> <p><b>Pullover</b> 4<sup>50</sup> aus Kunstseide in schöner Ausmusterung.....</p>		<p><b>Damen-Handschuhe</b> 75 Pl. aus Trikot, mit 2 Druckknöpfen.....Paar</p>
<p><b>Rippen-samt</b> 2<sup>25</sup> in neuen Farben..... Meter</p>	<p><b>Kamelhaar-Laschenschuhe</b> 2<sup>45</sup> mit Filz- u. Leders., 43-46 2,90, 36-42</p>	<p><b>Damen-Spangenschuhe</b> 7<sup>90</sup> moderne schöne Form.....</p>	<p><b>Damen-Handschuhe</b> 1<sup>25</sup> Schweden imit., mit Halbfutter, 2 Druckknöpfen..... Paar</p>
<p><b>Künstler-garnituren</b> 4<sup>90</sup> Tüll oder Etamin.....</p>	<p><b>Leder-Hausschuhe</b> 3<sup>50</sup> mit feat. Ledersohle u. Absatzfleck, 43-46 5,50, 36-42</p>	<p><b>Herrn-Lack-Halbschuhe</b> 10<sup>90</sup> moderne Form.....</p>	<p><b>Perkal-Oberhemd</b> 3<sup>90</sup> mit gefütterter Faltenbrust und Kragen.....</p>
<p><b>Bett-decken</b> 2<sup>25</sup> Etamin, 1bettig.....</p>	<p><b>Geldtaschen</b> 95 Pl. aus echtem ostind. Saffianleder</p>	<p><b>Zigarettenetuis</b> 85 Pl. pa. Messing vernick., eleg. Ausf.</p>	<p><b>Reinseidene Binder</b> 1<sup>25</sup> in aparten Mustern.....</p>
<p><b>Klammerschürze</b> 85 Pl. vorgezeichnet.....</p>	<p><b>Besuchstaschen</b> 2<sup>45</sup> echt Leder, mod. Schlangenmuster</p>	<p><b>Abendtäschchen</b> 1<sup>45</sup> Ia Alpakasilber, Beutelform.....</p>	<p><b>Damen-Schirme</b> 3<sup>90</sup> Top-form, 12 teilig, in gutem Griffsortiment</p>
<p><b>Tablettdecke</b> 25 Pl. mit Spitze, vorgezeichnet.....</p>	<p><b>Loden-mäntel</b> 17<sup>50</sup> für Herren off. u. hochgeschl., grau, oliv</p>	<p><b>Loden-joppen</b> 13<sup>50</sup> für Herren warm gefüttert.....</p>	<p><b>Damen-Schirme</b> 9<sup>75</sup> reine Seide, 12 teilig, Knopf und Rundhaken...</p>

# HERMANN TIETZ

Belle-Alliance-Strasse \* Kotbuser Damm

**J. Baer** Badstraße 26  
Ecke Prinzenallee

Spezialhaus für Herren-, Jünglings- u. Knaben-Bekleidung

**Der große Inventur-Ausverkauf**

beginnt am Sonnabend, den 22. Januar

Zum Verkauf kommen nur Qualitätswaren, die ganz bedeutend, zum Teil bis zur Hälfte im Preise herabgesetzt sind

Ganz besondere Vorteile bietet die Maß-Abteilung!



**HUNDE**

Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.

**Tierärztliche Poliklinik**  
Chausseestraße 93  
woben Kriegervereinshaus  
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

**Bettfedern Adolf Pohl**  
Dresdener Straße 15  
Parlamentsgebäude

**Ischias**

in 30 Min. durch  
und Bein, wenn  
dort, festgesetzt.  
In 15 Tagen sind  
schwere Fälle beseitigt worden. Verschiedene  
Leitfäden und Referenzen. Arzt, empfohlen.  
Königsplatz 106, 9-11, 1-4. Sonntag 10-12. Juchst

**Korbuhel**

Leidlich Form  
Anerk. Muster  
Mäßige Preise  
Verschluss u. Verstell-  
Neuheit  
Anspruch: 25 und  
Hermannstr. 10  
(Tel. Neuk. 1739)



**Schenk!**  
Bücher zu jedem Fest!

J. H. W. Dietz Nachf., G.m.b.H.  
Lindenstraße 2.

**Metallbetten**

Stahlmatten, Kinderbetten, etc. in  
Kat. 480 (r. Eisenbettenfabrik) Lühl Tüll.

**Gardinen**

**Inventur-Ausverkauf**  
Stores - Bettdecken

weit unter Herstellungspreis  
Reste in Rouleaux-Körper,  
prima Ware zum Ausuchen, per  
Meter 1.20 und 1.40

**Gardinenleinen-Reste**  
150 cm breit, schön gemastert,  
per Meter 1.50 statt 3 Mk.

**Wollalpakas-Reste**  
diverse Farben, 120 cm breit, per  
Meter 1.50 statt 4 Mk.  
- Einzelverkauf von 9-7 Uhr. -

**Spezial-Gardinen-Werkstätten**  
Neukölln, Bergstr. 67  
2. Stock, am Ringbahnhof  
Klein Laden: